Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen
und des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen

Nr. 03/13 – 23. Juli 2013
13. Jahrgang

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Blockupy 2013
Niemand hat die Absicht, Menschen einzukesseln oder: Wie die Demokratie starb
Seite 3

Brennendes Thema:
Energiesperren
Seite 5

Bundestagswahlen:
Porträt der LINKEN Direktkandidatinnen
Seite 6

Bericht aus Portugal
Die etwas andere „Einkaufsstadt“
Seite 9

Messeneubau:

123-Millionen-Grab muss von den Bürgern verhindert werden

In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause hat die Messekoalition aus CDU/SPD/FDP/EBB im Rat der Stadt 123 Millionen Euro für den Neubau der Rüttenscheider Messe-Krake beschlossen. Dazu kommen jährliche städtische Subventionen von durchschnittlich 13,5 Millionen Euro, um die Messe künstlich markt- und wettbewerbsfähig aussehen zu lassen.

Von Hans Peter Leymann-Kurtz

Zur Erinnerung: Die Verschuldung der Stadt Essen liegt insgesamt bei rund 4,5 Milliarden Euro, es verrotten Straßen, Sportanlagen und öffentliche Gebäude, Bibliotheken, Bäder und Bürgerämter sollen schließen, und bei der kulturellen Bildung (Kulturgut) werden vergleichsweise geringe, aber notwendige Beträge weggekürzt.
CDU und SPD, FDP und EBB setzten mit ihrem „Ja“ zu dieser größten Einzelinvestition seit Jahrzehnten anhaltend blind auf Heilserwartungen von positiven wirtschaftlichen Sekundäreffekten, welche bei seriöser Betrachtung allerdings einer Fata Morgana gleichen.
CDU-Kämmerer Klieve, sonst nicht verlegen, öffentlich von Sparsamkeit und Haushaltsdisziplin zu tönen, schweigt hierzu dröhnend und macht sich erneut unglaubwürdig als von Teilen der bürgerlichen Lokalpresse ernannten Lichtgestalt unter den Haushältern.
Erst auf den letzten Metern der Diskussion distanzierten sich auch die Essener Grünen (Partner der CDU im Viererbündnis) von diesem, wie ein Relikt aus den glorreichen Achtzigern anmutenden, kommenden Millionengrab. Im Verlauf der vorangegangenen zweijährigen Ratsauseinandersetzung hierzu hat man grünerseits immerhin Grugabäume und Sichtachsen gerettet, an der wirtschaftlichen und messestrategischen Seriosität – so wie die LINKE-Ratsfraktion von Beginn an – aber erst zum Schluss gezweifelt.

Hans Peter Leymann-Kurtz ist Fraktionsvorsitzender der LINKEN Essen

Die nunmehr beschlossen 123 Millionen Euro für den Messeneubau werden keinesfalls ausreichen, um die vorgelegten Neubaupläne zu verwirklichen, trotz eines darin enthaltenen, eiligst auf Kante genähten Puffers für „Unerwartetes“ von 5,1 Millionen. Wesentliche Planungsvorhaben sind bis heute finanziell nicht unterlegt (Tunnel zur Grugahalle, Parkhaus P2, Neugestaltung Entree Süd). Seitens der Messe und ihrer Ratsparteien hofft man auf Sponsoren oder windige Investorenmodelle.
Eine großstädtische Provinzposse mit eingebautem Millionenrisiko für die Essener BürgerInnen.
Die LINKE Ratsfraktion hat stets auf die Notwenigkeit eines vernünftigen Verhältnisses zwischen Kosten und realen Effekten (Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Image etc.) hingewiesen. Dabei haben wir uns durchaus auch für den Erhalt des Messestandortes Essen ausgesprochen, zumal bis ins Jahr 2032 eine Abwicklung wegen des von SPD/CDU-initiierten Cross-Border-Deals von 2001 ebenfalls teuer wäre. Unsere Position lautet bis heute: realistischer, ggf. kleiner, mit neu zu entwickelnder messestrategischer, wirtschaftlicher und konzeptioneller Ausrichtung. Alle Ratsanträge, die wir diesbezüglich seit März 2011 stellten, wurde von den Messelobbyisten im Rat, also von CDU, SPD, FDP und EBB (und lange auch den Grünen) abgebügelt.
Stattdessen wurden messeseitig Gutachten beauftragt (Roland Berger sowie PricewaterhouseCoopers – PwC), die natürlich genau das ergaben, was von der Messe-Krake gewünscht wurde. Selbst verklausulierte Hinweise auf wirtschaftliche Risiken, welche im PwC-Gutachten noch vorkommen, werden von CDU, SPD, FDP und EBB bis dato ignoriert. Motto: Augen zu und durch, wenn’s schief läuft, haften die Bürgerinnen und Bürger.
Angesichts dieser übermächtigen Messe-Lobby im Rat der Stadt, und angesichts der zu erwartenden Millionenkosten, hat die LINKE Ratsfraktion bereits Mitte 2011 eine Ratsbürgerentscheid beantragt, um das „letzte Wort“ den Bürgerinnen und Bürgern zu überlassen, denn sie zahlen und haften ja schließlich für den Messeblindflug. Ohne Erfolg.
Der zweite Anlauf (zusammen mit der Grünen Ratsfraktion) in der Juli-Sitzung des Rates wurde von CDU, SPD, FDP und EBB ebenfalls abgemeiert. Selbst einAntrag auf namentliche Abstimmung fand nur die Zustimmung von LINKEN und Grünen und scheiterte. Bereits jetzt will sich also keiner der Millionen-Ja-Sager im Rat auf seine Verantwortung festlegen lassen.
Folgerichtig ist jetzt, dass das, was eigentlich Aufgabe der 82 gewählten Ratsvertreter wäre, nämlich massiven finanziellen und wirtschaftlichen Schaden von unserer Stadt abzuwenden, von den Essenerinnen und Essenern selbst in die Hand genommen werden muss. Ein Bürgerbegehren wird den Rat zwingen, sich erneut mit dieser historischen Fehlentscheidung zu befassen und die Bürgerinnen und Bürger abstimmen zu lassen.

Dazu werden zunächst rund 14 Tausend Unterschriften von Essener Bürgerinnen und Bürgern ab 16 Jahren benötigt. Also, an die Arbeit!

Eine großstädtische Provinzposse mit Millionenrisiko

Sahra kommt!

Am 9. September, 15.00 Uhr, kommt Sahra Wagenknecht auf den Willy-Brandt-Platz am Essener Hauptbahnhof

& Kurz Knapp

Versorgt

wurden in nicht-öffentlicher Sitzung im Juli-Rat die beiden ehemaligen Geschäftsführer der SPD- und der CDU-Fraktion. Hartmut Kütemann-Busch darf demnächst die Geschicke der Stadttochter Essener Arbeit Beschäftigungsgesellschaft (EABG) leiten, sein CDU-Kollege Heri Piel die der gleichfalls städtischen Gesellschaft für Soziale Dienstleistungen Essen (GSE). Personalpolitik im Stile der glorreichen Achtziger, die auch von Grünen und FDP mitgetragen wurde – einzig DIE LINKE stimmte gegen diese „Versorgung“.

Halt, hier Stadtgrenze!

Dass Mülheim mit dem Ruhrgebiet fremdelt ist nicht neu. Dass nun aber die Lebensadern in die Nachbarstädte gekappt werden sollen, kam doch überraschend. Kurz vor der Sommerpause wollte der Mülheimer Rat der erforderlichen Beschaffung neuer Straßenbahnen nicht zustimmen. Linien wie die U 18 sollten künftig an der Stadtgrenze enden und auf Mülheimer Gebiet durch Busse ersetzt werden.
Statt im morgendlichen Berufsverkehr an den Staus vorbei zu zischen, dürfte man dann gemeinsam mit den Autos im Stau stehen. Letztlich kauft Mülheim nun halb so viele Straßenbahnen wie eigentlich erforderlich. Moderne Verkehrspolitik geht anders.

Denk mal

Ein intaktes und trotzdem abgerissenes altes Rathaus, das einige der Gemütlichkeit wegen wieder aufbauen wollen. Ein Hauptbad, erst kaputt saniert, dann trotz Denkmalschutz vom Abriss bedroht. Essens Umgang mit Denkmälern ist schon lange fragwürdig.
Nun droht noch die Kürzung der Mittel für den Denkmalschutz auf Landesebene. Bedroht wären gerade die kleineren Denkmäler, die sich häufig in Privatbesitz befinden. Essen droht so noch gesichts- und geschichtsloser zu werden. Dagegen nahm die Ratsfraktion der LINKEN Stellung und fragte im Ausschuss für Stadtentwicklung und Stadtplanung nach den Folgen dieser Streichungspläne. Eine Antwort steht noch aus, wir bleiben dran!

Kommentar zum Stadtgeschehen

Messeausbau – Sternstunde der Demokratie?

Von Ralf Fischer

Erinnern Sie sich noch an Schäubles berühmte „Sudoku-Stellung" im Bundestag? Einer Schülerpraktikantin bei uns, die das erste Mal an einer Ratssitzung teilnahm, fiel ähnliches auf: nicht zuhören, Zeitung lesen, mit dem Smartphone spielen oder rausgehen. Mit vielen ähnlichen Verhaltensweisen demonstrieren Ratsmitglieder, dass sie eigentlich keine Lust haben, da herumzusitzen.

Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Doch woran liegt's? Reicht die Kritik an den Umgangsformen, oder sollten wir nicht besser die Ursachen in den Blick nehmen? Allzu viele Entscheidungen sind, noch bevor sie auf die Tagesordnung kommen, in den Hinterzimmern festgezurrt, von den Fraktionsspitzen ausgekungelt, von der Verwaltung vorbestimmt. Wie in Essen, so in ganz Deutschland. Die Parlamente sind ihres eigentlichen Verfassungsauftrages beraubt. Sie nicken im Regelfall ab, was hinter den Kulissen schon feststeht.

Wozu sich also ernsthaft zuhören? Das kostet bloß Zeit! Alle Ratsreden sind für die Galerie, für's geneigte Publikum, für die Präsentation in den Medien gedacht, nicht für die ernsthafte Debatte unter den von uns Gewählten. Deswegen kommen solche Fragen auch schlecht weg, die erst dran kommen, wenn die Tagespresse um 17 Uhr verschwunden ist.

Nur gelegentlich – und da haben wir es in Essen noch gut – schert eine Kraft mal aus dem Gefüge aus und stimmt anders ab als üblich. Nur dann kommt Leben in die Bude, nur dann gibt es die seltene Chance, auch mal ein LINKES Anliegen durchzubekommen. Das ist manchmal möglich, weil es im Rat keine klare Mehrheit gibt, die Viererbande instabil ist und die SPD nicht weiß, ob sie lieber sozial oder lieber wirtschaftsfreundlich sein will.

Die Entscheidung zur Messe war leider keine solche Sternstunde. Eine Große Koalition im Rat ist auf die Versprechen der Unternehmensberater hereingefallen, eine Politik des immer Größer-Schneller-Höher-Weiter könnte in einer Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise ernsthaft noch funktionieren. Alternativen zum Ausbau wurden nicht geprüft, der Kostenrahmen ist angreifbar, die Bauzeit ist fraglich, die Verschuldung der Stadt wächst, und der Erfolg steht in den Sternen. Kritischen Stimmen wurde, so schließt sich der Kreis, einfach nicht zugehört.

Da gerade die Ferienzeit begonnen hat: Wissen Sie, was ich vor einem Urlaub mache? Ich frage meine Mutter, wie das Wetter wird. Letztens regnete es bei meiner Rundfahrt durch die Fränkische Schweiz, sie hatte mich gewarnt. Aber am 12. Oktober, ihrem Geburtstag, da wird es schön! Ganz ehrlich – sie ist mit ihren Prognosen sehr viel erfolgreicher als die grauen Anzugträger mit ihren Wirtschaftlichkeitsberechnungen.

Der Messeausbau wird ein Desaster für die Stadt. Noch nie hat ein großes Bauvorhaben den Kostenrahmen eingehalten: Die Hamburger Elbphilharmonie, Stuttgart 21, der Flughafen Berlin-Brandenburg, selbst Zeche Zollverein, wo niemand genaue Zahlen veröffentlichen mag, lassen grüßen. Es braucht nur einen Tarifabschluss in der Baubranche, und die in der Planung einkalkulierte Reserve ist überschritten. Und bis zum Bauende wird es wenigstens zwei Tarifrunden geben, einmal abgesehen von der Entwicklung der Material- und Rohstoffpreise.

Weil der Rat seine Aufgabe nicht erfüllt hat, weil es keine ernsthafte Debatte gab, sondern vorgefertigte Positionen bloß abgenickt wurden, ist es nun an Ihnen, den Willen der Essener Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen – durch ein Bürgerbegehren: Wollen Sie den überteuerten Messeausbau, oder wollen Sie ihn nicht? Wo das Parlament versagt, wo die Messebauer auf Kosten der ganzen Stadt nicht einmal die Grundrechenarten beherrschen, sind nun Sie gefragt, die überzogenen Ausbaupläne zu stoppen. Unterschreiben Sie, und sammeln Sie selbst Unterschriften. Nicht nur gegen die Messepläne, sondern auch für eine lebendige städtische Demokratie. DIE LINKE steht an Ihrer Seite!

Foto: Sylvia Schochow

Bürgerbegehren kulturgutEssen

Wie es weiterging

Von Sylvia Schochow

Nachdem am 25. April 2013 um punkt 11:00 Uhr 16.370 Unterschriften abgegeben wurden, kam ein paar Wochen später der Brief mit den Ergebnissen: Von den 16.370 Stimmen wurden 2.719 für ungültig erklärt: 1019 konnten nicht ermittelt werden, die anderen 1.700 waren aus nachvollziehbaren Gründen nicht gültig.

Von den 1.019 wurden 372 Einträge als „ungültig" gewertet, da das Geburtsdatum unvollständig war oder fehlte. Doch es wäre kein Problem, diese 372 Bürgerinnen und Bürger mit unvollständigem oder fehlendem Geburtsdatum zweifelsfrei zu identifizieren. In anderen Kommunen werden solche Unterschriften auch anerkannt. Damit wäre dann das notwendige Quorum doch erreicht.
Nach einer ersten kurzen Enttäuschungsphase wollen die Vertretungsberechtigten von „kulturgut" nun diese 372 Stimmen einklagen und gegen die Prüfung der Unterschriften durch das Wahlamt juristisch vorgehen. Dafür engagierten sie den renommierten Anwalt für Verwaltungsrecht Wilhelm Achelpöhler, der als Experte auch im Landtag geladen war, als es am 3. Juli 2013 um den TOP „Direkte Demokratie muss bürgerfreundlich und rechtssicher sein" ging. DIE LINKE und die Piraten finanzieren die Verfahrenskosten.
Nach viel Vorbereitung wurde die Klage nun endlich in der dritten Juli-Woche, in Form eines Eilantrags beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen eingereicht. „Wir kämpfen weiter, denn schließlich haben wir es geschafft, einer breiten Essener Öffentlichkeit zu vermitteln, welche erhebliche Rolle kulturelle Bildung in einer Stadt für das soziale Leben der Bürger hat. Jeder Essener soll die Möglichkeit haben, seine Talente und Interessen z.B. für Musik oder Sprachen vielfältig zu entwickeln, sich zu bilden, die Geschichte der Stadt anschaulich zu erfahren und in interkulturellen Projekten Integration aktiv zu erleben", begründet Anabel Jujol, eine der Vertretungsberechtigten, ihre Motivation.

Ratsschnipsel:

Personalabbau kostet

Zum wiederholten Male machte das Rechnungsprüfungsamt darauf aufmerksam, dass der vom Viererbündnis beschlossene Personalabbau die Stadt richtig Geld kostet. Fehlerhafte Abrechnungen im JobCenter (zu Lasten der Stadt und zu Gunsten des Bundes) sind wir ja gewohnt.

Doch auch anderswo geht richtig Geld verloren. So in der Pflege: Geben die Angehörigen an, für eine Heimunterbringung nicht aufkommen zu können, tritt die Stadt dafür ein. So zahlt die Stadt Millionen drauf, weil kein Personal da ist, um sorgfältig genug zu kontrollieren. DIE LINKE hat die Verwaltung nun um umfassende Auskunft gebeten, wo überall der Stellenabbau dazu führt, dass Einnahmen verloren gehen. Wir sind gespannt auf die Antwort.

Nicht-öffentlich

Traditionell werden manche Angelegenheiten im Rat nicht-öffentlich behandelt. Welcher altgediente Parteisoldat wo versorgt wird, für welchen Preis das ein oder andere Grundstück den Eigentümer wechselt oder auch schon mal, wie der aktuelle Verhandlungsstand bei geplanten Käufen oder Verkäufen von Gesellschaften ist. Strenggenommen „geheim" ist hier sogar, welche Fraktion hier zustimmt oder nicht.

Allerdings hat die Öffentlichkeit ein Anrecht darauf, über die Beschlüsse informiert zu werden, wofür es gar einen eigenen Tagesordnungspunkt gibt: „Unterrichtung der Öffentlichkeit über die im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse". Dumm nur, wenn – wie unlängst im Haupt- und Finanzausschuss geschehen – dieser Punkt gar nicht erst aufgerufen, sondern die Sitzung vorher beendet wird. Ist auch diese Information „geheim"?

Abwerten

Im laufenden Haushaltsjahr ist Essen nochmal drumherum gekommen. Noch dürfen die RWE-Aktien mit dem Phantasiekurs von über 75 Euro in den städtischen Büchern geführt werden. An der Börse werden die Papiere zurzeit mit knapp 23 Euro gehandelt. Bei der erklecklichen Stückzahl an Aktien, die Essen hat, würde eine zwangsweise Abwertung rund 1 Milliarde ausmachen. Damit wäre das Eigenkapital der Stadt Essen im negativen Bereich.

Nächstes Jahr ist es soweit: Durch eine Änderung im Landesgesetz muss dieser Schritt vollzogen werden – fragt sich nur, ob vor oder nach der Kommunalwahl im Mai...

Respekt im Rat

Sichtweise einer Schülerin

Von Kristina Steisel

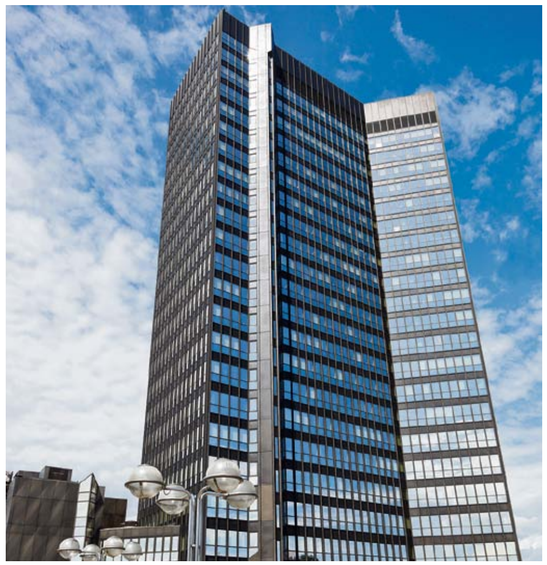
Wir lassen alle ausreden, hören zu und zollen dem Sprechenden Respekt, indem wir wenigstens so tun, als würden wir uns für das interessieren, was dieser einem zu vermitteln versucht – Normen, die schon Grundschülern täglich gepredigt werden und die man eigentlich für selbstverständlich hält. So erwartet man doch auch, dass die Fraktionen, die von uns Bürgerinnen und Bürgern in den Rat gewählt wurden, unsere Interessen respekt- und würdevoll vertreten.

Kristina Steisel, Praktikantin der Geschäftsstelle

Umso erstaunlicher ist es, wenn man als „normaler Bürger" einer solchen Ratssitzung beiwohnt: Da wird, während ein Politiker vorne seinen Standpunkt erläutern möchte, sich mit dem Sitznachbarn über „Gott und die Welt" unterhalten oder am Handy rumgespielt. Schamlos werden hier Normen mit Füßen getreten. Man möchte gar nicht wissen, wie die Person sich fühlt, die vorne steht und nicht wirklich wahrgenommen wird, und wenn sie es dann mal wird, ständig damit rechnen muss, nach jedem zweiten Satz unterbrochen zu werden. Spricht aber jemand aus der eigenen Fraktion, wird dieser Beitrag euphorisch bejubelt, sei er auch noch so inhaltslos.

Ein besonders trauriges „Highlight" war erreicht, als ein alleiniger Vertreter seiner Fraktion nach vorne trat, um auch diese Interessen kundzugeben, und die Hälfte des Rates erstmal den Saal verließ. Diese Form von Respektlosigkeit einem Menschen gegenüber, sei man auch anderer Meinung, ist absolut inakzeptabel und traurig. Dies sollte von den Ratsmitgliedern auf jeden Fall überdacht werden.

Würden wir im Alltag alle so miteinander umgehen wäre unsere Gesellschaft um einiges ärmer.



Ein Ort der Begegnung und des gegenseitigen Respekts: Das Essener Rat(los)haus

Foto: Stefan Dolge

Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen und dem Wahlkreisbüro Ulla Lötzer (MdB); Redaktion: Jörg Bütefür, Ralf Fischer (v.i.S.d.P.); Seite „Aus dem Bundestag": Ulla Lötzer (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Ottmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen", Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8602904, Fax: 0201-8602906, E-Mail: essener-morgen@dielinke-essen.de

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 15.10.2013.

Blockupy 2013

Niemand hat die Absicht, Menschen einzukesseln oder: Wie die Demokratie starb

„Blockupy 2013" – das Bündnis aus antikapitalistischen und kapitalismuskritischen Bewegungen, hatte auch dieses Jahr wieder zum Protest in Frankfurt aufgerufen. Am Sitz der Europäischen Zentralbank, einem der Akteure der EU-Troika, haben am 31. Mai Tausende Blockierende und am 1. Juni Zehntausende DemonstrantInnen gezeigt, dass sie eine Politik ablehnen, die Menschen weltweit geißelt, um Finanzmärkte zu stabilisieren.

Foto: S. Schuchow

Von Sylvia Schochow

Dieses Wochenende wurde die – irreführend als „Eurokrise" bezeichnete – Austeritätspolitik (strenge staatliche Haushaltspolitik ohne Neuverschuldung, ein neoliberales Dogma) und der Protest dagegen auch in der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen. Die Folgen, die der Öffentlichkeit verschwiegen oder als alternativlos bezeichnet werden, sind für die Menschen weltweit eine Katastrophe. In Spanien werden Menschen aus ihren Häusern vertrieben, in Griechenland wird das Gesundheitssystem zerstört. Angesichts dessen war der Protest vor der EZB am 31. Mai ein wichtiges Zeichen gegen die Flüchtlingspolitik, ausbeuterische Arbeitsbedingungen und Vertreibung in den Ländern des Südens – gegen die Folgen des Kapitalismus.
Der Showdown, im wahrsten Sinne des Wortes, fand am Samstag statt. Etwa 10.000 Menschen sammelten sich auf dem Baseler Platz, dem Ort der Auftaktkundgebung. Um 12 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung und endete abrupt nach 500 Metern. Die Polizei hatte die genehmigte Demonstration widerrechtlich abgebrochen und über 900 DemonstrantInnen, politische BeobachterInnen und JournalistInnen eingekesselt. Diese wurden bis zu neun Stunden ohne jede Versorgung festgehalten – größtenteils durch Pfefferspray, Schläge und Tritte verletzt. Journalisten wurden in ihrer Arbeit behindert, und Abgeordneten, die als parlamentarische BeobachterInnen anwesend waren, wurde die Immunität abgesprochen. Laut SanitäterInnen gab es ca. 300 verletzte DemonstrantInnen, davon mehrere schwerverletzt. Tausende Menschen haben an dem Tag endgültig das Vertrauen in unsere Demokratie, in unseren Staat verloren.
Politisch und sozial aktive Menschen, WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen, ÄrztInnen und PädagogInnen aus dem Rhein-Main-Gebiet haben in einem offenen Brief sofort eine Stellungnahme abgegeben, in der sie klar stellen, dass die Polizei weder gezwungen war einzugreifen, weil keine „Chaoten" und „Randalierer" anwesend waren, noch die öffentliche Ordnung, Gesetz und Sicherheit wieder hergestellt werden mussten. Sie bezeichneten das Verhalten vieler PolizistInnen in hohem Maße übergriffig und unmittelbar körperverletzend. Menschen wurde der Hals verdreht und die Arme verrenkt, ohne Vorwarnung wurde DemonstrantInnen mit Protektorenhandschuhen ins Gesicht geschlagen. Die PolizistInnen waren vermummt, und es gibt weder Namens- noch Nummernkennzeichnungen, sodass man sie nicht persönlich zur Verantwortung kann.
Es geht hier um das Recht auf freie Meinungsäußerung und Demonstration – und auf körperliche Unversehrtheit derjenigen, die sich für gesellschaftliche Erneuerungen engagieren. Unter den Eingekesselten und Verletzten fanden sich viele junge Menschen, die von den sozialen Entwicklungen in Europa, z.B. der Jugendarbeitslosigkeit, besonders hart getroffen sind. Diese jungen Menschen auf provokative Störer zu reduzieren, ist nicht nur verfehlt, sondern politisch gefährlich. Es diffamiert Menschen, die sich um die Zukunft unserer Gesellschaft sorgen – daher engagieren sie sich.
Es behindert und diskreditiert die dringend notwendige Diskussion über einen Wandel in der europäischen Politik.
Vergleiche mit Moskau und Istanbul wurden über die sozialen Netzwerke laut, und man konnte diese brutalen Einsätze nur damit erklären, dass die Massen abgeschreckt werden sollten. Selbst das haben die Frankfurter Polizeistrategen geschafft: Tagelang stand Deutschland auf der Startseite der OSZE zwischen Aserbaidschan und Weißrussland. Die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Dunja Mijatovic, sagte: „Ich hoffe, dass das Verständnis und das Bewusstsein bei den Strafverfolgungsbehörden über die Rechte von Journalisten in Deutschland gestärkt werden wird."
Ein Augenzeugenbericht wird mit folgenden Worten beendet: „Ich kam, um einer rechtsstaatlichen Selbstverständlichkeit beizuwohnen. Zehn Stunden später ging ich als jemand, der sich zum ersten Mal in seinem Leben der Willkür dieses Rechtsstaats ausgesetzt fühlte. Grundlos festgehalten und gedemütigt. Und dabei bin ich nur ein weißer, deutscher Mittelschichtler. Ich frage mich, was ein Nigerianer ohne Papiere von der deutschen Exekutive zu erwarten hat. (...) Der Rechtsstaat, mit dem ich so selbstverständlich aufgewachsen bin, ist überhaupt nicht so selbstverständlich. Er ist eine Errungenschaft. Leute haben dafür über Jahrzehnte unter meist wesentlich heftigeren Umständen gerungen. Und diese Leute haben sich heute meinen ehrlichen Respekt verdient."
Abschließend möchte ich noch den Blick auf die nachfolgende Demonstration eine Woche später richten. Es war ein überwältigender Protest gegen die Polizeigewalt in Frankfurt. Leider geriet dadurch das eigentliche Thema der Demo, nämlich „Gegen die Troika und das Finanzsystem", ins Hintertreffen. Trotz allem, es war die fröhlichste und buntester Protestkundgebung, die man sich denken konnte. Alle hatten ihre Wut, ihr Gefühl der Hilflosigkeit und ihre Unverständnis gegenüber so viel staatlicher Gewalt abgeschüttelt und diese in ein mächtiges kreatives Potenzial verwandelt. Die Polizei war so gut wie nicht anwesend. Die, die Dienst hatten, senkten oft ihre Köpfe, wenn der bemalte, mit Regenschirm und auffälligen Sonnenbrillen maskierte Zug an ihnen vorbei zog.
Die nächste Gelegenheit, den Protest gegen die europäische Politik auf die Straße zu tragen, bieten die bundesweiten Umfairteilen-Demonstrationen, für das Ruhrgebiet am 14. September in Bochum. Wir sehen uns!

Sylvia Schochow arbeitet als Politische Referentin in der Geschäftsstelle und gehört zum Ko-Kreis von Attac Essen.

Weit und breit keine Entrüstung?

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland ...

Von Anabel Jujol

In Essen, vor heimatlicher Ruhrgebietsidylle, der Kulisse des Weltkulturerbes Zeche Zollverein, fand am 14. Juni der feierliche Aufstellungsappell der neuen Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSUKr) für NRW statt. Bundesweit soll diese Bundeswehreinheit für Reservisten neue Betätigungsfelder eröffnen.

Foto: Sylvia Schochow

Längst ist die Bundeswehr keine Verteidigungsarmee mehr. Im offiziellen Portfolio ist von internationaler Terrorbekämpfung ebenso selbstverständlich die Rede wie vom Sicherheitsbündnis mit EU- und NATO-Partnern und neuerdings auch wieder vom „Heimatschutz". Eigentlich waren 2007 die sogenannten Heimatschutz-Bataillone im Rahmen der Bundeswehrreformen aufgelöst worden.
Nun sieht das neue Selbstverständnis der Bundeswehr als Interventionsarmee Krisenherde und damit verbundene Aufgabenstellungen auch vermehrt im Inneren. Für ein neues Verständnis innerer Krisen, Unglücksfälle und Katastrophen hat 2012 eine historische Plenumsentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes den Weg bereitet. Seit August 2012 ist der Bundeswehr der Einsatz von „militärischen Kampfmitteln" im Inland bei Terrorangriffen unter strengen Auflagen erlaubt.
Die wenigen Medienberichte, die das Thema RSUKr aufgreifen und einen Zusammenhang herstellen, berufen sich besonders auf den Bremer Rechtsanwalt, Publizisten und Menschenrechtler, Rolf Gössner. Laut Gössner kann im Rahmen der militärischen „Amtshilfe" sowohl die „Bekämpfung organisierter und militärischer bewaffneter Aufständischer" oder „widerstrebender" Bevölkerungsteile gemeint sein.
In den Eigendarstellungen der Bundeswehr werden die Kompetenzen der neuen Sicherheitskräfte dagegen sehr diffus beschrieben. Gerne werden für die Öffentlichkeit die populären humanitären Ziele wie der Katastrophenschutz herausgestellt. Dies findet natürlich in Zeiten von Flut und Hochwasser erfreuliche Beachtung. Überhaupt sollte man die PR-Funktion der RSUKr nicht unterschätzen – darf vielleicht sogar von einer neuen Form des Militarismus sprechen. Explizit wird immer wieder betont, die Reservisten seien wichtige Mittler zwischen Armee und Zivilgesellschaft.
Verständlich ist auch die Kritik ziviler Hilfsträger, die eine Verharmlosung von Krieg und Gewalt anprangern, wenn Militärs sich eine „humanitäre Note" geben. Ihre Loyalität eigenen Idealen und Spendern gegenüber ist in Gefahr, wenn sie sich von Militärs unterstützen lassen. Welche politischen Ziele rechtfertigen, dass öffentliche Gelder in den Aufbau solcher Sicherheitskräfte gesteckt werden, statt die Infrastruktur ziviler Hilfsorganisationen zu stärken?
Die Bundesrepublik verfolgte nach den Erfahrungen der NS-Zeit das Ziel der klaren Trennung von Polizei, Militär und Geheimdienst.

Heimliche Helden für den Notfall?

Löst man sich nun von dieser Strenge? In der EU gibt es bereits entgegengesetzte Bestrebungen. Eurogendfor heißt die neue Gendarmerietruppe, der immer mehr EU Staaten beitreten und die Kompetenzen von Polizei, Kriminalpolizei, Armee und Geheimdienst für EU weite Einsätze bündeln soll.
„Islamistischer Terror", wachsende und neue Formen sozialer Proteste und auch Naturkatastrophen besonderen Ausmaßes als Folge des Klimawandels – konservative Regierungen sehen hier die Gefahren der Zukunft und begegnen ihnen mit dem Ausbau aller möglichen Mittel der staatlichen Gewalt. Digitale Überwachung, neue Waffentechnologien (Drohnen etc.), Umstrukturierung der Armee, Legitimierung neuer Formen der Polizeigewalt, dies sind die Instrumente neoliberaler Politik. Eine Politik, die in vieler Hinsicht die Ursache ist für die selbst wahrgenommene Bedrohung.
Nur ca. 80 DemonstrantInnen folgten dem leisen Ruf einiger Organisationen, die zum Protest vor Zollverein in Essen aufriefen. Sehr traditionell, teilweise rückwärtsgewandt und uneins war der Protest und hätte in Form und Inhalt kaum Passanten oder Schaulustige erreicht. Aber das spielte sowieso keine Rolle angesichts der Tatsache, dass die Demonstranten von eben so viel Polizisten erfolgreich blickdicht vom öffentlichen Raum abgeschirmt wurden. So wurde der Protest zum reinen Selbstzweck degradiert.
Symbolischer kann man das Bild nicht zeichnen, einer Politik und Gesellschaft, die Armee, Polizei und Bürgern solche ungleichen Räume zuteilt.

Anabel Jujol ist Künstlerin und Blockupy-Aktivistin

Foto: Stefan Dolge

Essener Erwerbslosenplenum

Von Waltraut Steuer

Im Dezember 2012 wurde das Essener Erwerbslosenplenum zum ersten Mal einberufen. Die Resonanz war groß, der Saal voll. Seither tagt das Plenum einmal im Vierteljahr, organisiert von Waltraut Steuer (Kreisvorstand DIE LINKE. Essen) und Erika Biehn (Verband alleinerziehender Mütter und Väter, VAMV).

Aufklärung, Information und politische Bildung für Betroffene sind die Ziele des Erwerbslosenplenums. Willkommen sind alle von Erwerbslosigkeit betroffenen Menschen. Welche Themen behandelt werden, wird demokratisch unter den Anwesenden abgestimmt. Zu jedem Thema wird eine Referentin bzw. ein Referent eingeladen.

Bei den letzten beiden Treffen standen ein Erfahrungsaustausch über den Umgang des JobCenters mit Betroffenen und Informationen über Ansprüche auf Fortbildung bzw. Weiterbildung nach dem SGB II im Mittelpunkt. Der nächste Termin ist der 27. September 2013 von 16.00 bis 18.00 Uhr im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1 in der Innenstadt. Thema sind dann die „Kosten der Unterkunft", für eine inhaltliche Einleitung ist die Mietergemeinschaft Essen e.V. angefragt.

Aus dem Erfahrungsaustausch der Betroffenen heraus wurde am 20. Juni 2013 ein Brief an den Sozialdezernenten Renzel gerichtet, der die Mängel in der Arbeit des JobCenters auflistet und um Abhilfe ersucht.

Waltraut Steuer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE

Angeboten werden auch Begleitungen zum JobCenter als Beistände und Zeugen. Hierzu findet am 3. August 2013 von 10.00 bis 14.30 Uhr im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Essen-Zentrum, ein Workshop statt.

Wer Interesse daran hat, an den Veranstaltungen des Erwerbslosenplenums teilzunehmen, kann sich wenden an: Waltraut Steuer, w.steuer@dielinke-essen.de, 0173 – 2434106.

Foto: Stefan Dolge

Mängelliste für Herrn Renzel

In einem Schreiben des Essener Erwerbslosenplenums über Mängel in der Versorgung von Leistungsberechtigten nach SGB II heißt es:

„Sehr geehrter Herr Renzel,
(...) Folgend eine Auflistung der Problematik im Leistungsbezug, die nicht den „Einzelfall" darstellen, sondern in ganz Essen viele Leistungsberechtigte in Not und Verzweiflung treiben.

- Das JobCenter ist auch in der Optionskommune nicht erreichbar, weder für Betroffene noch für Fachleute und Betreuer.
- Die Wartezeiten im Service haben sich seit 2012 am Monatsanfang von ca. zwei Stunden auf vier Stunden erhöht.

- Zunehmend wird im Service ein Termin zur Klärung falscher Leistungsberechnung mit einem Sachbearbeiter der Leistungsabteilung verweigert.
- Im Service wird die Eingangsbestätigung persönlich eingereichter Unterlagen verweigert.
- Fahrgelderstattung wird verweigert.
- In der Verrechnung der Leistung mit zusätzlichem Einkommen wird zu oft das Brutto Entgelt zu Grunde gelegt.
- Die Warmwasseraufbereitungspauschale, die Versicherungspauschale und die Alleinerziehendenpauschale werden in der Berechnung zu oft nicht berücksichtigt.
- Die Zustellung von Leistungsbescheiden und Schreiben mit Terminvergabe ist seitens des JobCenters nicht gewährleistet, die Post kommt beim Adressaten nicht an oder zu spät. Dadurch wird zum Einen erschwert, einen eventuellen Widerspruch innerhalb von vier Wochen gegen falsch berechnete Leistung zu erheben, zum Anderen kann wegen eines Meldeversäumnisses, Nichtwahrnehmung eines Termins eine Sanktion drohen.
- Vom JobCenter angeforderte – nicht eingereichte – Unterlagen, bedeutet für Leistungsberechtigte „verschwundene eingereichte Unterlagen". Dieser Vorgang wiederholt sich bis zu 4 Mal. Datenverluste sind an der Tagesordnung.
- Das JobCenter kommt seiner Informations- und Beratungspflicht nicht nach.
- Gemeinwohlarbeit wird zu Ungunsten von Umschulung und Weiterbildung über die EVG unter Sanktionsandrohung erzwungen.
- Die Öffnungszeiten der JobCenter sind kundenfeindlich bezogen auf Alleinerziehende, Aufstocker, in Ausbildung oder einer Maßnahme befindlichen Kunden.

Wir bitten Sie, die beschriebenen Missstände zu beheben und fordern darüber hinaus:

- Abschaffung der Zielvorgabe zur Sanktionierung.
- Qualifizierte Schulung der JobCenter-Mitarbeiter in der Optionskommune.
- Zusätzliche Öffnungszeit einmal in der Woche nachmittags in jedem JobCenter.
- Die Fahrkostenerstattung soll in jedem JobCenter als Information ausgehängt werden.
- Zeitnahe Terminvergabe im Service.
- Telefonische Erreichbarkeit des JobCenters.

Mit freundlichen Grüßen,

Waltraut Steuer für das Erwerbslosenplenum"

Mitlaufen im JobCenter

Von Sylvia Schochow

Ein JobCenter, irgendwo in Essen. Draußen sammeln sich die Wartenden, entweder weil sie rauchen, oder es sind einfach nicht genügend Sitzplätze im Wartebereich vorhanden. Der Aufenthalt in der Sonne vor der Tür ist wesentlich angenehmer als die zumeist lange Wartezeit in dem tristen, dunklen Bürogebäude des JobCenters.

Sinniger Hinweis im JobCenter
Foto: Jörg Bütefür

Ich hatte Gudrun B. eine halbe Stunde vorher in einem Café getroffen, sie dort erst kennengelernt. Denn ich bin eine Mitläuferin. Wir begleiten Menschen zum JobCenter um ihnen gegenüber der städtischen Verwaltungsautorität und im Dschungel zwischen Bittstellung und Anspruch zur Seite zu stehen. Abgesprochen wurde vorab, wie ich mich, während des Termins, vorstelle und wie ich mich verhalte – bin ich nur Beobachterin, oder nehme ich aktiv an dem Gespräch teil.

Wir haben einen Termin zur Unterzeichnung einer Eingliederungsvereinbarung. Wir gehen vorbei – an allen. Da Gudrun B. schwer krank ist, der Amtsarzt ihr jedoch eine dreistündige Arbeitsfähigkeit bescheinigt, sind wir gespannt. Das Attest des Amtsarztes hat nicht Gudrun B. bekommen, sondern es ist auf direktem Weg an den Fallmanager des JobCenters gegangen. Wir haben also keinerlei Informationen vorab, mit denen wir uns hätten vorbereiten können.

Wir werden pünktlich im Wartebereich abgeholt. Der Fallmanager begrüßt uns freundlich, wirft mir aber einen misstrauischen Blick zu. Das ist man hier nicht gewohnt: Begleitung. Ich schreibe mit, wie ich das immer mache, als Gedächtnisstütze. Die Unsicherheit, wer das Gegenüber wohl ist, kommt aber erst zum Vorschein, nachdem wir schon eine Viertelstunde beraten, über die Intension des Arztes gemutmaßt haben und eigentlich alles schon entschieden ist. „Sagen Sie, was machen Sie da?" Die Frage war sehr unerwartet und unverhohlen. „Das verunsichert mich." Den Anschein hatte es nun wirklich nicht gemacht. Ich packe aber meine Schreibsachen ein und konzentriere mich wieder auf Frau B. Verunsichern wollte ich nicht, nur bezeugen, später reflektieren – eigentlich einfach nur da sein.

Im Nachhinein lassen sich einige Gesprächsfetzen auch aus einer anderen Perspektive betrachten: „Sie haben Recht. Ich weiß auch nicht, warum der Arzt sie arbeitsfähig schreibt und Sie keine Sozialhilfe bekommen." „Haben Sie denn Arbeit für mich?" Der Fallmanager schaut hilflos. Nach einer Pause: „Nein, es gibt da zwar ein Programm für ..." Er beendet den Satz nicht. „Nein." „Warum muss ich auch nicht, warum der Arzt sie arbeitsfähig schreibt und Sie keine Sozialhilfe bekommen." „Haben Sie denn Arbeit für mich?" Der Fallmanager schaut hilflos. Nach einer Pause: „Nein, es gibt da zwar ein Programm für ..." Er beendet den Satz nicht. „Nein." „Warum muss ich dann ALG II beantragen?" „Wir haben ein Programm, da könnten Sie ..." Wieder stockt er „... als Pförtnerin arbeiten – aber das geht auch nicht. Nicht mit dem Attest." Auf dem Attest des Amtsarztes ist eigentlich nichts nicht vermerkt. Wir wundern uns gemeinsam darüber, dass Gudrun B. nach dem Attest noch drei Stunden arbeiten soll.

Und ausgerechnet Pförtner! Pförtnerstellen werden überall abgebaut – Arbeitsverdichtungsmaßnahmen. Sie werden mobilen Hausmeistern oder aber 1-Euro-Jobbern übergeben. Warum muss also schwerstkranken Menschen das Leben schwer gemacht werden, indem man sie geißelt, ihnen das Gefühl gibt, nicht arbeiten zu wollen – wenn doch gar keine Stellen vorhanden sind? Frau B. muss jetzt erst mal eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ihres Arztes vorlegen, dann sieht man weiter, wie sie zukünftig verwaltet wird – im Labyrinth von Bürokratie und Politik.

Kleidung fair und nachhaltig

Nach den tragischen Vorfällen in Bangladesh, wo Fabriken einstürzten, über tausend Todesopfer zu beklagen sind, und immer noch Menschen, unter unwürdigen Arbeitsbedingungen, Kleidung und Accessoires für Läden in Deutschland herstellen, wurde ich immer wieder gefragt, was man denn dagegen tun könne.

Daher fange ich in dieser Ausgabe an, Läden aus dem Internet und aus dem Ruhrgebiet vorzustellen, welche den Einkauf all der schönen Dinge möglichst fair und nachhaltig gestalten.

Eine Organisation, die sich schon seit Jahren für die Umsetzung sozialer Standards weltweit in den Ländern vor Ort einsetzt, ist die Kampagne „Clean Clothes Campaign" (www.ccc.de).

Fair gehandelte/nachhaltig hergestellte Kleidung im Internet:

www.armedangels.de
www.greenality.de
www.avocadostore.de
www.nativesouls.de
www.fairtrade-deutschland.de

The Fair Wear Foundation: Seite mit Infos über Marken und Firmen, die eine Vereinbarung für faire Arbeitsbedingung und nachhaltiges Wirtschaften unterschrieben haben (Seite in englischer Sprache).
www.fairwear.org

Läden mit nachhaltiger Kleidung:

NATIVE SOULS, III. Hagen 29, Innenstadt
COB - Kleidung & Acc. – Mode, Rüttenscheider Straße 34a, Rüttenscheid
FairBleiben, Heiliger Weg 48, 44135 Dortmund

Second-Hand-Läden in Essen:

The Positive Boutique, preiswerte & kultige Kleidung für Jung und Alt, einige wenige ungetragen,
Rellinghauser Str. 113, Südviertel
Neon-Elektrisch, vor allem für junge Leute, Second-Hand & ungetragen, Rellinghauser Str 121, Südviertel
Second Hand & more, Kraienbruch 75, Dellwig
Kids Jungle, Kindersecondhand, Frankenstr. 241, Stadtwald
Kleine Freunde - Second Hand für Babys, Kids & Mamas, Gemarkenstr. 1, Holsterhausen
Fifty Fifty Sylvia Tewes, Holsterhauser Str. 64 , Holsterhausen

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir freuen uns über jeden Tipp.

Sys

Offene Hartz4-Beratungen

jeden Montag, 9.00 – 11.00 Uhr

Gemeindehaus Lutherkirche, Kerkhoffstraße 22b (Eingang über Martin-Luther-Straße), ALTENDORF

jeden Dienstag, 10.00 – 12.00 Uhr

Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, ALTENESSEN

jeden Dienstag, 13.30 – 16.30 Uhr

Geschäftsstelle Ratsfraktion DIE LINKE., Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, INNENSTADT

jeden Donnerstag, 9.00 – 12.00 Uhr

Bürgerzentrum Kontakt, Katernberger Markt 4, KATERNBERG

jeden Donnerstag, 16.00 – 18.00 Uhr

Büro DIE LINKE., Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, INNENSTADT

jeden Freitag, 9.00 – 11.00 Uhr

Sozialpädagogische Familienhilfe (SoFa), Rechtstraße 7-9 (Fußgängerzone), BORBECK

jeden Freitag, 9.00 – 12.00 Uhr

Ev. Gemeindezentrum Königssteele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, STEELE

HINWEIS: Bitte beachten Sie, dass innerhalb der Ferien einzelne Termine ausfallen können. Aktuelle Infos finden Sie auf www.bg45.de

Gut besuchtes Fachgespräch zum Thema Stromsperre

Foto: Stefan Dolge

Brennendes Thema: Energiesperren

Von Gabriele Giesecke

Auch im Rat lehnte das Viererbündnis aus CDU, Grünen, FDP und EBB wie zuvor im Sozialausschuss den Antrag der LINKEN ab, die Übertragung des „Saarbrücker Modells" gegen Stromsperren auf Essen zu prüfen. Ihre Ablehnung begründeten sie damit, dass es in Essen ausreichende Hilfe gäbe.

Foto: Sylvia Schochow

Dies ist aber nicht richtig, wie die auch die Stellungnahme des Rechtsanwaltes Jan Häußler in dieser Ausgabe unterstreicht. Angesichts von 790 Darlehen, die die Stadt für Stromrückstände bzw. Stromsperren an Menschen mit Sozialleistungsansprüchen 2012 trotz ihrer restriktiven Haltung geben musste, atmet die Ablehnung vor allem eins: soziale Kälte!

Das „Saarbrücker Modell" sieht vor, dass Energieversorger drohende Stromsperren und große auflaufende Zahlungsrückstände dann z.B. an das JobCenter melden, wenn eine schriftliche Erlaubnis dazu vom Leistungsempfänger vorliegt. In Saarbrücken konnten so allein im 1. Halbjahr 2013 über 200 Stromsperren verhindert werden.

Darüber hinaus bekommen die Leistungsempfänger in Saarbrücken umfangreiche Hinweise auf Hilfeangebote mit der zweiten Mahnung des Energieversorgers. Die Beratungseinrichtungen in Saarbrücken verzeichnen seitdem eine erhöhte Inanspruchnahme. Wie wichtig ein Gesamtkonzept zur Hilfestellung gegen Energiearmut ist, unterstrichen auch die Teilnehmer an einem Fachgespräch, zu dem DIE LINKE im Vorfeld der Ratsentscheidung eingeladen hatte. Der LINKE Sozialdezernent Harald Schindel berichtete aus Saarbrücken, wo eine rot-rot-grüne Koalition im Rathaus arbeitet, und stand für Rückfragen zur Verfügung. Im Fachgespräch verwies die Schuldnerhilfe Essen darauf, dass Rückstände beim Energieversorger meistens mit einer Überschuldung insgesamt vorliegen. Hier ist ein Ausbau der Schuldnerberatung und der Energieberatung notwendig. DIE LINKE unterstützen deshalb einen Antrag auf Übernahme des Energiesparservices in das Regelsystem. Sie verbanden damit die Aufforderung, dort statt Ein-Euro-Jobber sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen.

Gabriele Giesecke ist Ratsfrau für DIE LINKE. Essen

Die Verbraucherberatung kündigte beim Fachgespräch an, die aus ihrer Sicht überhöhten Gebühren der Energieversorger im Zusammenhang mit Stromsperren zu überprüfen und dagegen Front zu machen.

Auf Bundesebene tritt DIE LINKE für ein Verbot von Stromsperren ein. Bis dies durchgesetzt ist, wird auch DIE LINKE in Essen weiterhin alles versuchen, Stromsperren zu verhindern.

Neue Zuständigkeit – alte Probleme

Von Jan Häußler

Ab 2013 soll die Aufgabe, Notfall-Darlehen zu vergeben, wenn eine Stromsperre droht, bei Hartz-4 Leistungsberechtigten nicht mehr vom Sozialamt, sondern von den JobCentern wahrgenommen werden.

Jan Häußler ist Fachanwalt für Sozialrecht

Ohne die Betroffenen zu informieren, ist somit eine Sondersituation beendet worden, die in Essen seit 2005 bestanden hat, dass nämlich bei drohenden Stromsperren das Sozialamt (die dortige Fachstelle) zuständig war und bei Stromschulden ohne angedrohter Sperre das JobCenter.

Die Chance, eine inhaltliche Verbesserung herbeizuführen, hat die Stadt, die seit 2012 auch Träger des JobCenters ist, jedoch vertan. Bei drohender Stromsperre besteht vor allem schneller Handlungsbedarf. Doch anstatt hier kurze Wege zu gehen und Bürokratie zu vermeiden, zwingt das JobCenter die Betroffenen erst ihre „Selbsthilfemöglichkeiten" auszuschöpfen.

Das heißt, die Menschen müssen zunächst nochmal zum Stromversorger und dort um eine Ratenzahlung bitten. Dieses wird selbst dann verlangt, wenn der Behörde bekannt ist, dass wegen der Höhe der Schulden eine Ratenzahlung vom Stromversorger abgelehnt wird. Hierdurch entstehen Verzögerungen und Erschwernisse, die überflüssig sind. Das kostet nur Zeit, sondern auch Geld, z.B. wenn dadurch zusätzliche Mahngebühren anfallen.

Selbst wenn eine Ratenzahlung vom Stromversorger abgelehnt wird, weigert sich das JobCenter häufig, ein Darlehen zu gewähren, wenn der Bedarf nicht „unabweisbar" ist oder dem Betroffenen ein Mitverschulden zur Last gelegt wird – er etwa Stromabschläge nicht gezahlt hat.

Das JobCenter bleibt hier zu Lasten der Leistungsberechtigten weit hinter den gesetzlichen Möglichkeiten zurück. Diese sehen sogar vor, dass es im Ermessen der Behörde steht, eine Leistung nicht bloß als Darlehen sondern als Zuschuss zu gewähren oder ein Darlehen auch im Einzelfall zu erlassen. Eine Möglichkeit, die den Mitarbeitern der Behörde gänzlich unbekannt zu sein scheint.

Während in der Krise die Reichsten der Gesellschaft ihr Vermögen deutlich vermehren konnten, trägt der Großteil der Bevölkerung die Lasten der Krise. Die Ursachen der Krise werden nicht beseitigt, sie werden nicht einmal benannt: Es gibt viel zu viel privates Kapital, für das Investmentbanker händeringend profitträchtige Anlagen suchen – auf den Finanzmärkten und in der Spekulation. In Deutschland und in allen EU-Staaten soll eine einmalige Abgabe auf große Vermögen erhoben werden. Damit sollen die durch Bankenrettungen und Finanzkrise entstandenen höheren Staatsschulden zurückgeführt und die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand verbessert werden.

DIE LINKE zur Bundestagswahl am 22. September 2013

Nord-Süd-Gefälle in Essen

Soziale Spaltung verfestigt

Von Gabriele Giesecke

Die im Mai vorgelegte Studie des Amtes für Wahlen und Statistik bestätigte die enorme soziale Spaltung in Essen erneut. Wenn auch die Zahl der Personen, die auf Sozialleistungen allgemein angewiesen sind insgesamt von 91.328 im Jahr 2009 auf 89.222 im Jahr 2011 zurückgegangen ist, kann man für einige Stadtteile schon von Ghettoisierungstendenzen sprechen.

Insgesamt lebten 17 Prozent aller Haushalte Ende 2011 von Leistungen nach SGB II. Dabei sind die Stadtteile sehr unterschiedlich betroffen: „Betroffen sind in den Stadtbezirken zwischen 4 Prozent und 26 Prozent, in den Stadtteilen zwischen 3 Prozent und 33 Prozent aller Haushalte. Dabei sind in der südlichen Hälfte der Stadt die Hilfedichten gering. Ausgeprägt ist das Ausmaß der Betroffenheit in einigen innerstädtischen Stadtteilen und in Altendorf, wo zwischen 30 Prozent und 33 Prozent aller Haushalte finanzielle unterstützt werden. In den Stadtteilen Südostviertel, Altenessen-Süd, Vogelheim, Bergeborbeck und Katernberg ist jeder Vierte (zwischen 23 und 29 Prozent) im Leistungsbezug."

Dabei sind in den Stadtbezirken mit hohem Anteil von SGB II-Leistungsbezug auch die Anteile von Menschen mit Bezug von anderen Sozialleistungen (SGB XII, Asylbewerberleistungen) überdurchschnittlich.

Die Studie fasst zusammen: „Der Anteil der finanziell unterstützten Haushalte hat sich in den letzten fünf Jahren kaum verändert (+ 0,3 Prozent), doch hat sich die Situation in der Regel in den ohnehin durch Arbeitslosigkeit stark von Einkommensarmut belasteten Stadtteilen verschlechtert."

Erschreckend ist die Betroffenheit der Kinder und Jugendlichen. In einzelnen Stadtteilbereichen sind bis zu 74 Prozent (Nordviertel) aller Minderjährigen im Sozialleistungsbezug. Im Stadtbezirk I (Innenstadt) sind 47 Prozent der Minderjährigen betroffen. In 12 der 50 Stadtteile die Hälfte aller Kinder unterstützt wird. Die Studie stellt fest: „Das Ausmaß der Betroffenheit Minderjähriger ist mit 30 Prozent mittlerweile + 1 Prozentpunkt höher als 2006."

Auch die Altersarmut bzw. die Armut von Menschen mit Erwerbsminderungen steigt: „Auf 1.155 gestiegen ist die Zahl der Personen, die Leistungen gemäß SGB XII Kapitel 4 beziehen (+ 1.189 bzw. um 20 Prozent). Diese Veränderung verweist auf eine problematische Entwicklung. Da die Zahl der existenzsichernden Leistungen beziehenden älteren Menschen insgesamt nur um + 547 gestiegen ist, sind demnach nicht nur mehr ältere Menschen auf Unterstützung angewiesen, sondern auch mehr dauerhaft erwerbsgeminderte jüngere Personen." Eine Folge auch der Rentenkürzungen in den letzten Jahren sowie dem Anstieg des Niedriglohnsektors und der unstet Beschäftigten.

Im Sozialausschuss, in dem die Studie vorgestellt wurde, gab zu den erschreckenden Befunden keine Debatte. Von CDU über die SPD bis zu den Grünen scheuten alle das Eingeständnis, dass die städtische Sozialpolitik völlig unterfinanziert ist, um hier wenigstens etwas gegensteuern zu können. Nur DIE LINKE kritisierte, dass der Spaltungsprozess nicht gestoppt werden konnte und forderte mehr Anstrengungen in diese Richtung.

Inge Hannemann kommt:

„Erwerbslose werden aus der Gesellschaft bewusst ausgegrenzt"

Die beim JobCenter Hamburg-Altona angestellte Arbeitsvermittlerin Inge Hannemann kritisiert massiv die Zustände in den deutschen JobCentern. Womit in der privaten Arbeitswelt bereits dutzende Betriebsräte konfrontiert wurden, wenn sie die Firmenleitung kritisieren und sich Schikane und geplanten Entlassungen in den Weg stellen, musste Ende April 2013 auch Inge Hannemann am eigenen Leib erfahren, als sie der Arbeitgeber kurzerhand vor die Tür setzte und sie bis auf weiteres vom Dienst suspendierte.

„Sie kritisieren meine Aussage darüber, dass Hartz IV die Erwerbslosen krank mache, dass Sanktionen einen Verstoß gegen das Grundgesetz darstelle, Hartz IV die Demokratie gefährde, die Arbeitsgelegenheiten Billiglohnausbeute seien.....", erklärte Inge Hannemann in einem Interview vom 06.05.2013. Der „am Markt operierende Konzern" in Gestalt der Bundesagentur für Arbeit reagiert inzwischen wie ein angeschlagener Boxer auf die von zahlreichen Medien aufgegriffene Kritik von Inge Hannemann.

In einem Presseinfo vom 14.06.2013 werden wüste Attacken geritten, die in dem Vorwurf gipfelten: „Inge Hannemann gefährdet tausende Mitarbeiter der JobCenter.....(Frau Hannemann) bringt ihre Kolleginnen und Kollegen in Gefahr, die sich zunehmend Aggressionen von Seiten der Kunden ausgesetzt sehen."

Nicht Inge Hannemann, sondern das Hartz IV-System ist das Problem

Doch die Kritik von Inge Hannemann wird bereits seit vielen Jahren von einer breiten Öffentlichkeit geteilt. So erklärte der DGB in seiner Bilanz nach fünf Jahren Hartz IV im Jahre 2010 bereits „Hartz IV ist gescheitert!" und der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach geht noch erheblich schärfer mit dem Hartz IV-System ins Gericht, wenn er resümiert: „Hartz IV ist ein Bürgerkrieg der herrschenden Klasse gegen die arm Gemachten." Es ist zweifellos das Hartz IV-System selbst, was bei den von ihm betroffenen Menschen zunehmend Aggressionen auslösen. Wenn allein 2012 mehr als eine Million Sanktionen von dieser „Sanktionsagentur" verhängt wurden, dann werden diese sanktionierten Menschen massenhaft akuten finanziellen und psychischen Notlagen ausgesetzt. Der dadurch in Gang gesetzte Teufelskreis führt in einer dramatisch hohen Zahl zu Strom- und Gassperren, faktischen Hungerzuständen, und dann auch immer wieder zu Verzweifelungstaten.

Dieser systembedingte Zynismus findet seinen beredten Ausdruck in dem vom Chef der Bundesarbeitsagentur, Frank-Jürgen Weise, vor einigen Jahren geäußerten Bekenntnis, dass seine Behörde keinen sozialpolitischen Auftrag habe. Inge Hannemann führt auf Einladung der LINKEN in der Woche vom 22. - 26. 07. 2013 mehrere Diskussionsveranstaltungen in NRW durch, die weiter unten im Einzelnen aufgeführt sind.

Inge Hannemann in Essen: Freitag, 26. Juli, 18.00 Uhr, Chorforum, Fischerstr. 2-4, Innenstadt

„... noch dicke Bretter zu bohren“

Cornelia Swillus-Knöchel, 49 Jahre alt, medizinische Dokumentationsassistentin am Essener Uniklinikum und mittlerweile Oma, vertritt DIE LINKE in der Bezirksvertretung für Rüttenscheid, Bergerhausen, Stadtwald. Sie kandidiert im Wahlkreis 120 (Essen-Süd/West) für den Bundestag. Mit ihr sprach Sylvia Schochow.

Conny, alle reden über die Ostvergangenheit der LINKEN, Du hast sie. Vor 13 Jahren kamst Du nach Essen. Wie war das für Dich?

Anfangs fiel es schwer, sich in die Mentalität der Westdeutschen einzufinden. Wenn ich erwähnte, dass ich alleinerziehend mit zwei Kindern bin und dann das Alter meiner Söhne nannte (damals 13 und 16 Jahre alt), kam sofort: „Da haben Sie aber zeitig angefangen!“ Nö, mit 20 war frau in der DDR absoluter Durchschnitt und durch die optimalen Kinderbetreuung auch bestens versorgt. Solch eine Kinderbetreuung, die mit pädagogischem Konzept arbeitet, fordern wir LINKE auch aktuell in unserem Wahlprogramm. Inzwischen gehe ich gelassener mit solchen Aussagen um, und auch die dialekt-bedingten Sprachbarrieren haben sich zwischenzeitlich abgebaut, so dass ich mich in Essen sehr wohl fühle und gern über die unterschiedlichen Erfahrungen austausche.

Ein Grund für Dich, in den Westen „rüberzumachen“, war die Arbeit. Du bist angestellt am Uniklinikum als medizinische Dokumentationsassistentin und auch im Personalrat aktiv. Warum engagierst Du Dich gewerkschaftlich?

Gewerkschaftliches Engagement habe ich als Selbstverständlichkeit aus dem Osten mitgebracht. Aktueller denn je ist es wichtig, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Nur so ist es uns im Uniklinikum gelungen, die uniklinikums-eigene Leiharbeitsfirma PSG wieder abgeschafft zu bekommen. Der letzte doch recht ordentliche Tarifabschluss wäre ohne die zahlenmäßig starken Warnstreiks mit Sicherheit auch geringer ausgefallen. Wir LINKEN fordern die Begrenzung von Zeitarbeit und die Abschaffung der Leiharbeit generell und eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte.

Bundes- und landespolitisch engagierst Du Dich in der Frauenpolitik. Was zeichnet LINKE Frauenpolitik aus Deiner Sicht aus?

LINKE Frauenpolitik hat den feministischen Aspekt immer mit im Blick. In unserem Programm heißt es zu Recht, linke Politik ist feministisch oder sie ist nicht links. Nur wenn wir erkennen, dass Geschlechterverhältnisse Herrschafts- und Produktionsverhältnisse sind, wird es uns gelingen, die Gesellschaft langfristig umzugestalten. Auch in der LINKEN klaffen aber oft noch Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Ich möchte da nur an die Sitzungskultur in den Veranstaltungen erinnern, die oftmals Frauen abschreckt durch lange Sitzungen in den Abendstunden mit langen Redebeiträgen. Kinderbetreuung liegt auch bei linken Mitgliedern oft in der für selbstverständlich angesehenen Verantwortung der Frauen. Hier gilt es noch, dicke Bretter zu bohren durch Engagement und Überzeugungsarbeit. Das Konzept zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit und der Leitfaden für geschlechtergerechte Sprache sind dafür gute Arbeitsgrundlagen.

Cornelia Swillus-Knöchel
Foto: Olaf Swillus

Du achtest auf unseren Sitzungen ja nicht nur – inzwischen merklich unaufgeregt – auf die Einhaltung der quotierten Redeliste, sondern auch auf eine vernünftige Verpflegung. Du ernährst Dich nicht nur ökologisch, sondern auch noch vegan – wie kam es dazu?

Bereits seit 13 Jahren habe ich mich vegetarisch ernährt, da gerade in 2000 eine Tierseuche die nächste ablöste, von Geflügelpest über Maul- und Klauenseuche bei Schafen bis hin zu BSE bei Rindern. Die gekeulten Tiere, vom Kran in Container geworfen, habe ich heute noch vor Augen. Der letzte Anlass war zu sehen, wie Hühner in einer Massenverarbeitungsanlage umgebracht wurden. Nach einer Rohkostfastenwanderwoche im letzten Jahr stellte ich fest, dass mir tierische Produkte nicht fehlen, ja es mir gesundheitlich sogar besser geht. Daher lebe ich seit November vegan. Ich würde dies natürlich nun nicht von allen Menschen verlangen, aber zu hinterfragen, woher das gerade verspeiste Schnitzel stammt, wünsche ich mir dann doch. Ich bin dankbar, dass in unserem Wahlprogramm die Forderung nach Abschaffung der Massentierhaltung sowie einige andere konkrete Forderungen zur artgerechten Tierhaltung und dem Tierschutz enthalten sind.

Abschaffung der Massentierhaltung

Ein weiteres Herzensthema von Dir ist der Frieden, Du bist vor Ort ja auch im Essener Friedensforum aktiv.

Frieden ist, und darüber bin ich sehr froh, Kernthema der LINKEN und ein Alleinstellungsmerkmal, haben doch die Grünen leider seit 1999 dieses Thema mehr oder weniger aufgegeben. Auch wenn ich momentan weniger Zeit für eine engagierte Mitarbeit im Essener Friedensforum aufbringen kann, beteilige ich mich doch mit ganzer Kraft an verschiedensten Aktivitäten wie dem Ostermarsch und dem Antikriegstag, um mit dazu beizutragen, das Thema in der Öffentlichkeit zu verankern, sei es die Ablehnung der Beteiligung der Bundeswehr im Afghanistankrieg oder der Protest gegen Waffenexporte.

Du bist auch selber Mutter von zwei inzwischen großen Söhnen und sogar Oma. Wie passte das zusammen, Kinder großzuziehen und gleichzeitig Politik zu machen?

Mit der richtigen Kinderbetreuung, aber auch dem selbstbewussten Umgang mit der Freiheit der Kinder lässt sich Familie und Politik gut verbinden. Viele politische Aktivitäten haben wir auch gemeinsam unternommen. In diesem Jahr ist mein ältester Sohn zum Ostermarsch mit von Essen nach Bochum geradelt – also nicht nur Anstrengung und Mühe, sondern auch Spaß und familiäre Einbindungen sind für LINKE in der Politik möglich.

„Kinder haben ein Recht auf Bildung!“

Janina Herff, 29 Jahre alt, Mutter von zwei Kindern, ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Rat der Stadt Essen. Sie kandidiert im Wahlkreis 119 (Essen-Nord/Ost) zur Bundestagswahl. Sylvia Schochow sprach mit ihr über ihre Beweggründe.

Janina Herf
Foto: Sylvia Schochow

Ministerin Christina Schröder lobte kürzlich die „Punktlandung im Kita-Ausbau“. Ist jetzt alles ok? Du als Mutter und als sachkundiges Ratsmitglied hast doch bestimmt Deine eigenen Erfahrungen.

Wenn ich mir die Vorlagen anschaue, die wir im Jugendhilfe-Ausschuss präsentiert bekommen, scheint der Kita-Ausbau auf dem Papier ein voller Erfolg geworden zu sein. Die Frage ist: Was steckt dahinter? Nur weil ich einen Kita-Platz bekomme, bedeutet es noch lange nicht, dass alles in Ordnung ist. Wo bekomme ich denn den Kita-Platz? Muss ich vielleicht durch ganz Essen gurken, um mein Kind unterzubringen? Was ich mir, beispielsweise wenn ich Hartz 4 beziehe, überhaupt nicht leisten kann. Oder wie vereinbart man das mit dem Beruf? Besonders Alleinerziehende haben da Probleme, aber auch Frauen und Männer in der Schichtarbeit – im Krankenhaus z.B. Die brauchen Betreuungszeiten, die sich an ihren Lebensrealitäten orientieren und nicht anders herum.

Was würdest Du als LINKE anders machen? Wie siehst Du diese „Punktlandung“, die angeblich stattgefunden haben soll?

Es geht darum, für alle Kinder ab einem Jahr tatsächlich die bestmögliche frühkindliche Bildung in der Kita zu erreichen. Man geht aber gar nicht von 100 Prozent aus. Man hat sich eine Quote erdacht von 30 Prozent der Kinder. Die spaltet sich dann auch noch auf zwischen Kindergarten, der Unterbringung bei einer Tagesmutter für 20 Stunden oder auch einen Vollzeit-Platz. Diese „Punktlandung“ ist überhaupt kein Qualitätsmerkmal für uns LINKE. Wir brauchen einen umfassenden Kita-Ausbau mit einer hohen Qualität in der Versorgung – das ist überhaupt nicht gegeben. Und ich persönlich kann sagen, die Betreuungszeiten in der Kita sind total starr und unflexibel. Als Ratsfrau hat man viele Sitzungen am Nachmittag oder am Wochenende. Da hat einfach keine Kita auf. Eine Tagesmutter ist da zumindest in der Lage flexibel darauf einzugehen. Ich würde mir wünschen, dass das in der Kita auch möglich wäre.

Die LINKE plädiert auch für Qualität in diesem Ausbau, das bedeutet geringe Gruppengrößen oder gute Verpflegung. Wie siehst Du das hier in Essen?

Ich habe schon den Eindruck, dass die Quantität sehr zu Lasten der Qualität geht. Wenn man jetzt anfängt in großen Gruppen zu arbeiten, also auf einmal 25 bis 30 Kinder in einer Gruppe sind, werden die ErzieherInnen völlig überlastet und haben auch keinen Raum für Fortbildungen oder für Erholung, und sie können nicht so gut auf die Kinder eingehen. Jeder, der Kinder hat, weiß, wie anstrengend es sein kann, einen Tag mit drei oder auch mal fünf Kindern zu verbringen. Das wäre für ErzieherInnen in den Kitas schon Luxus. Frühkindliche Bildung ist aber der Grundstein für einen vernünftigen Lebensweg, den die Kinder einschlagen können. Wenn man da spart und nicht genug Geld in das System gibt, dann leiden darunter im Endeffekt die Kinder – und so unsere ganze Gesellschaft.

Quantität zu Lasten der Qualität

Warum ist für DIE LINKE eine Tagesmutter keine Alternative?

Es ging ja beim Kita-Ausbau eigentlich darum, den Kindern eine gute Bildungsmöglichkeit in einer Kindertageseinrichtung zu verschaffen. Jetzt haben viele Politiker festgestellt, dass das ziemlich teuer ist, und greifen auf die Billigvariante zurück: Tagesmütter – oft fachfremd, jemand, der noch nie mit Kindern zusammen gearbeitet hat – werden in 160 Stunden kurz „qualifiziert“. Diese Tagesmütter betreuen dann bis zu fünf Kinder unter drei Jahren in den eigenen Räumen. Erstens gibt es dafür keinen Qualitätsstandard, zweitens ist es unverantwortlich, wenn die Tagesmutter nur mal den Raum verlassen muss oder ein Kind z.B. sich verletzt beim Spielen, was passiert dann mit den anderen vier Kindern im Krabbelalter? Wer kümmert sich dann?

Das kann nicht unsere Vorstellung von Bildung und Förderung sein. In anderen Ländern brauchen Leute einen Hochschulabschluss, um in der Kindererziehung arbeiten zu können. Das frühkindliche Lernen, also in den ersten drei Jahren, ist extrem wichtig. Dafür sind Kitas da. Kinder haben doch ein Recht auf Bildung – es geht nicht nur um die Betreuung!

In Deutschland gibt es 16 verschiede Schulmodelle. Wird damit jetzt jedes Kind individuell gefördert? Wie sieht das Konzept der LINKEN aus?

Es wird immer gesagt, Bildung ist Ländersache, jedes Land muss selbst schauen, wie es sich am besten aufstellt – dadurch sind eine große Verantwortungslosigkeit und ein riesiger Wildwuchs entstanden. Bildung muss Bundessache werden, und es müssen sowohl in der frühkindlichen Bildung in den Kitas, als auch in der Schule, als auch in der Hochschule einheitliche Qualitätsstandards entstehen. Das Ganze muss auch vom Bund finanziell unterfüttert werden. Solange der Bund immer noch dreimal mehr für Rüstung ausgibt als für Bildung, kann man mir nicht sagen, Bildung hätte Priorität.

Ich bin Verfechterin eines Schulsystems, das in skandinavischen Ländern große Erfolge erzielt hat und mittlerweile auch in Berlin. Eine Schulform, die Kapazitäten und auch Personal hat, jedes Kind in den Blick zu nehmen und individuell zu fördern, ohne leistungsschwächere Kinder auszuschließen. Es geht darum, dass alle Kinder den gleichen Zugang zu Bildung bekommen, völlig unabhängig davon, wieviel die Eltern verdienen oder ob man aus einer Arbeiter- oder Akademiker-Familie kommt. Diese ganze „individuelle Förderung“ ist bisher nur Elite-Förderung. Wo profitiert davon mal die Gemeinschaft? Selbst leistungsstärkere Kinder profitieren sozial und emotional davon, wenn sie mit leistungsschwächeren Kindern zusammen unterrichtet werden. Jedes Kind hat Talente, und die müssen gefördert werden. Das klappt am besten in einer Schule für Alle!

Hat Politik in den letzten Jahren genug für Familien getan? Du selbst hast eine Familie. Wie wuppst Du Deinen Berufsalltag?

Alleinerziehende mit Kindern, die sind ja auch eine Familie, haben da viel größere Probleme. Sie bekommen vielleicht keinen Kita-Platz und können dann nicht arbeiten gehen. Die Kinder aus diesen Familien und auch die Familien selbst, sind von der Teilhabe am Leben komplett ausgeschlossen. Nach wie vor haben wir 2,5 Millionen Kinder in Deutschland, die von Armut betroffen sind, Tendenz steigend. Hartz4-Empfängern wurde das Elterngeld gestrichen, und der Hartz4-Regelsatz für Kinder ist immer noch nicht ausreichend. Schließlich wird das Kindergeld auf Hartz 4 angerechnet. Durch die Neubemessung des Elterngeldes, ohne vernünftige Erhöhung beim Kindergeld und ohne eine armutsfeste Kindergrundsicherung klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander.

Obwohl sich alle etablierten Parteien und Politiker unisono die Familienfreundlichkeit auf die Fahnen schreiben, hat sich wenig zum Positiven entwickelt. Ich bin persönlich in einer sehr luxuriösen Position: Ich habe einen emanzipierten Mann, der zuhause ist, in Elternzeit, damit er sich um die Kinder kümmern kann. So kann ich meine Termine wahrnehmen und auch normal im Arbeitsleben stehen. Außerdem habe ich einen Arbeitgeber, der sozial eingestellt ist, bei dem ich, wenn die Kinder krank sind, auch mal zuhause bleiben darf. Oder bei dem Termine so gelegt werden können, dass sie zu den Öffnungszeiten des Kita-Platzes passen. Bei vielen Familien sieht es anders aus. wo alle Familien tatsächlich entlastet werden, wo sich auch der Arbeitsalltag an der Familie orientiert und nicht anders herum, wo das Kindeswohl an erster Stelle steht. Wo Familie auch wieder Spaß macht und es nicht nur die ganze Zeit darum geht, zwischen Beruf, Kindern und Einkaufen hin und her zu jonglieren.

Herdprämie fördert besser verdienende Familien

„Streiten für die Solidarische Bürgerversicherung“

Sylvia von Häfen, 39 Jahre alt, ist verheiratet und hat einen 17jährigen Sohn. Sie arbeitet als Gesundheits- und Krankenpflegerin im Unfallkrankenhaus der Berufsgenossenschaft in Duisburg-Buchholz, ist dort im Personalrat und in der kirchlichen Jugendarbeit aktiv. Sie kandidiert für DIE LINKE zum Bundestag im Wahlkreis 118 (Essen-Borbeck und Mülheim). Sylvia Schochow sprach mit ihr für den Essener Morgen.

Sylvia von Häfen
Foto: Sylvia Schochow

Die FDP wollte in Ihrer Regierungszeit den Schwerpunkt auf das Thema Pflege legen. Was hat sich aus Deiner Sicht in diesem Bereich getan?

Sehr wenig. Im Jahr 2011 hat Minister Rösler das „Jahr der Pflege“ ausgerufen und mit vielen Versprechungen gespickt. Er wollte die Pflegerinnen und Pfleger stärken und versprach die Arbeitszeitverdichtung in den Krankenhäusern und Pflegeheimen abzubauen. Er wollte für eine gerechte Bezahlung eintreten. Nichts davon ist passiert. Stattdessen werden immer mehr öffentliche Krankenhäuser an Privatinvestoren verkauft. Dort geht es den Angestellten nicht besser, sondern schlechter. Sana, Helios und weitere sind bekannt dafür, dass sie Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter einstellen und Werkverträge abschließen. Damit wird der Lohn gedrückt und mit einkalkulierter Unterbesetzung die Arbeit weiter verdichtet.

Nichts davon ist passiert

Gute Pflege hängt entscheidend von qualifizierten und engagierten Beschäftigten ab. Der Alltag von Pflegekräften ist von Arbeitsverdichtung, starren Zeitvorgaben und schlechter Bezahlung geprägt. Darunter leiden alle Beteiligten: Das Pflegepersonal und die zu pflegenden Menschen sowie deren Angehörige. Pflege ist eine schwere und anspruchsvolle Arbeit, die gesellschaftlich anerkannt und entsprechend bezahlt werden muss.

Da Du in einem Krankenhaus arbeitest, kannst Du aus eigener Erfahrung sprechen. Was ist denn das Konzept der LINKEN zu dem Thema?

Ja, ich arbeite als Krankenschwester in einer Unfallklinik auf einer Station für Rückenmarksverletzte. Einige Menschen, die ich betreue und pflege, sind 24 Stunden am Tag auf Hilfe angewiesen, da sie sich nicht selbständig versorgen können. Dies ist für die Menschen schon demütigend genug, aber leider müssen einige auch noch darum kämpfen, adäquat betreut zu werden.

24 Stunden am Tag auf Hilfe angewiesen

DIE LINKE versteht Gesundheitsversorgung und Pflege als Aufgaben der Gesellschaft und damit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Politik, die gerecht und solidarisch ist, kann eine effektive, menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Versorgung organisieren und finanzieren. Schluss mit dem Teilkasko-Prinzip: Eine sozial gerechte Kranken- und Pflegeversicherung muss alle nötigen Leistungen übernehmen.

Finanzierbar wird das, wenn alle Einkommen einbezogen werden, auch die aus Zinsen und Unternehmensgewinnen. Die Beitragsbemessungsgrenzen gehören erhöht und schließlich abgeschafft. DIE LINKE streitet für eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege.

Welche konkreten Veränderungen ließen sich hierdurch erreichen?

Vor allem Frauen als Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter oder Schwiegertöchter übernehmen die meiste Pflegearbeit. Doch die Familienstrukturen, das Familienbild, die Erwerbsbiographien von Frauen ändern sich – und das ist gut so. Auch wollen pflegebedürftige Menschen nicht automatisch von ihren Angehörigen gepflegt werden. Eine selbstbestimmte Entscheidung über die Frage, wer pflegt mich, ist in vielen Fällen nicht möglich: Pflege hängt in zunehmendem Maße von der Größe des eigenen Geldbeutels ab.

DIE LINKE fordert, die Leistungen so zu gestalten, dass es allen Menschen möglich ist, selbstbestimmt zu entscheiden ob sie ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen wollen. Ein Ausbau des bezahlbaren, barrierefreien Wohnraums ist dafür unerlässlich. Gute Pflege darf nicht von den eigenen finanziellen Möglichkeiten abhängig sein. Damit eine solche neue Pflegepolitik gelingt, muss das Leistungsniveau der Pflegeversicherung deutlich angehoben werden. Das bietet den Betroffenen die Möglichkeit, sich fachgerecht zu Hause pflegen zu lassen.

Wir fordern, die mit fünf Euro im Monat geförderte private Pflegezusatzversicherung, diesen „Pflege-Bahr“, zu stoppen. Der Einstieg in die Privatisierung der Pflegevorsorge ist unsozial, volkswirtschaftlich unsinnig und benachteiligt Geringverdienende und Menschen mit Behinderungen. Stattdessen werden so nur die Versicherungskonzerne gesponsert, die sich mit kräftigen Parteispenden revanchieren. Während Geringverdienende und Menschen mit einem potenziellen Pflegerisiko sich die Zusatzversicherung nicht leisten können, ist es Besserverdienenden und Gesunden möglich, auf günstigere, nicht geförderte Produkte zurückzugreifen. Das führt zu einer Zwei-Klassen-Pflege, gegen die wir uns entschieden wenden.

Mit unserem Konzept ließen sich Zusatzbeiträge in der Krankenversicherung abschaffen und die Krankenhausfinanzierung auf gesunde Füße stellen. Dafür Druck zu machen lohnt sich: So ist der Hartnäckigkeit der LINKEN im Bundestag zu verdanken, dass diese unselige Eintrittskarte zum Arztbesuch, die Praxisgebühr, jetzt endlich abgeschafft werden konnte!

Bericht aus Istanbul

Sie fordern Demokratie, erleben Solidarität und Widerstand

Seit dem 27. Mai kämpfen die Menschen in der Türkei für ein demokratisches, lebenswürdiges Land. Fünf Tote, ermordet von der Polizei, über 20.000 Verletzte, davon 84 Schwerverletzte, 12 Erblindete, 5.000 offizielle Festnahmen und über 500 verschwundene Menschen ist die Bilanz des Staatsterrors Erdogans bislang.

Solidarität mit den Menschen in der Türkei demonstrierten mehrere Hundert EssenerInnen
Foto: S. Schochow

Ezgi Güyildar flog als eine von 39 Delegations-Mitgliedern nach Istanbul, um vor Ort ihre Solidarität für die Proteste zu bekunden. In Essen, Bochum und Dortmund war sie schon bei zahlreichen Soli-Demos aktiv geworden. Ungewollte Berühmtheit erlangte sie dabei durch einen Pfeffergas-Angriff auf sie. Anschließend wurde sie – das Opfer – zur Täterin gemacht. Im Essener Morgen berichtet sie über ihren Aufenthalt, Gespräche und das Erlebte in Istanbul.

Nachrichten v. 16.6.2013 (Istanbul Time)

22.57: [Ankara] Tausende Menschen aus Dikmenli haben sich gegen die Polizeiabsperrung gestemmt: Die Polizei war gezwungen, die Absperrung um 50 Meter zurückzuziehen.
22.56: [Istanbul] Auf der Istaiklalstraße in Höhe Odakule setzt die Polizei ihren Angriff fort.
22.55: [Istanbul] Tausende von Menschen, die die Autobahn E5 blockiert haben, laufen in Richtung Kadiköy.

Mitte Juni reiste ich mit einer Delegation der DIDF (Föderation der demokratischen Arbeiterverbände) und ihren europäischen Schwesterorganisationen nach Istanbul. Mit dabei waren u.a. die LINKEN-Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen und Heike Hänsel, der Hamburger Landtagsabgeordnete Mehmet Yildiz, verschiedene Gewerkschaftsvertreter, Journalisten, Jugendorganisationen und Studentenvertreter.

Gezi-Park – wie alles anfing

Noch am selben Abend wurden wir Zeuge, wie der Gezi-Park brutal geräumt wurde. Seit Beginn der Proteste ist Ministerpräsident Erdogan und seine Regierung bemüht, die Widerstandsbewegung zu spalten in „Umweltschützer mit ehrenwerten Absichten“ und „Anhänger illegaler Terrororganisationen“. Aber der solidarische Zusammenschluss unterschiedlicher Interessensgruppen spiegelt sich im Bündnis Taksim-Solidarität wieder, das längst zur zentralen „Figur“ beim Widerstand geworden ist, dem inzwischen über 80 verschiedene Organisationen angehören.
Die Regierung tut alles um den Menschen Angst einzujagen: Razzien, Festnahmen, Schießbefehle, einschüchternde Drohungen. Doch trotzdem gehen die Menschen weiter auf die Straße. Die Angst ist überwunden. Menschen, die nicht raus können, unterstützen die Demonstranten, indem sie am Fenster stehen und durch Klatschen oder mit Kochtöpfen und Besteck Lärm machen. Jeden Abend um 21 Uhr ist es laut in Istanbul. Aber nicht nur in Istanbul, sondern in der ganzen Türkei. Der Protest hat vielfältige Bevölkerungsgruppen zu Verbündeten gemacht: Atheists, Moslems, Kurden, Türken, Lesben, Schwule, Nationalisten und Kommunisten – überall solidarisieren sich die Menschen, helfen sich untereinander und widerstehen gemeinsam – ohne Probleme.
Alles fing damit an, dass Bäume im Gezi-Park, einer der wenigen Grünflächen in Istanbul, gefällt werden sollten. Die AKP-Regierung erklärte unter dem Vorwand eines „Fußgänger-Projekts“, das den Fußgängern angeblich erleichtern sollte, durch unterirdische Wege über vier Eingänge den Taksim-Platz zu erreichen, den Park kurzer Hand zur Baustelle. Nach Ansicht der verschiedenen Berufskammern jedoch, die gesetzlich dafür verantwortlich sind das Projekt zu beurteilen, war es aber eher belastend und schädlich. Deshalb wurde gegen das Bauvorhaben Klage eingereicht, diese aber verloren, obwohl rechtlich gesehen die Berufskammerentscheidungen bindend sein müssten. Erwähnenswert ist hier auch, das seit 1940, als der Taksim neu gestaltet wurde, der Platz unter Schutz steht und nicht verändert werden darf.
Parallel startete die AKP-Regierung ein anderes Projekt: Ein Einkaufszentrum in Form einer Kaserne. Diese Bauarbeiten wurden genehmigt und konnten durchgeführt werden. Doch für das „Fußgänger-Projekt“ sollten plötzlich ungenehmigt die Bäume im Gezi-Park abgeholzt werden. Dies wäre dann das Startzeichen für den Bau gewesen, dessen rechtlicher Klageweg noch nicht abgeschlossen war. Aus diesem Grund organisierten anfangs verschiedene Berufskammern, mit 8 Zelten, den Protest im Gezi-Park und informierten die Bevölkerung über das Vorhaben gemeinsam mit den lokalen Stadtteilgruppen. Doch in den frühen Morgenstunden kam die Polizei, verbrannte die Zelte und schmiss die Leute brutal aus dem Park.

Nachrichten v. 17.6.2013 (Istanbul Time)

17.58: [Istanbu] Die zerstreute Menge kommt wieder zusammen. Vor den Polizeiabsperrungen rufen sie "Taksim bizim stanbul bizim" („Taksim gehört uns, Istanbul gehört uns")

Am nächsten Tag wuchs die Anzahl der Zelte von Unterstützern auf 40 an. Wieder kam die Polizei in den frühen Stunden und setzte diesmal Pfefferspray gegen friedliche Menschen ein, schmiss sie erneut raus. Dabei wurden mehrere Personen verletzt. Zudem umzingelte die Polizei den Park, damit die Menschen nicht dorthin zurück konnten. Für den Folgetag organisierte die Plattform Taksim-Solidarität eine Kundgebung, zu der 20.000 Menschen kamen – auch überall in Istanbul solidarisierten sich Menschen und demonstrierten gegen Polizeigewalt. Die Demonstranten leisteten solch einen Widerstand, dass die Polizei flüchten musste. Sie ließen alles da, ihre Bagger, Werkzeuge – sogar Polizeiwaffen vergaßen sie. Der Gezi-Park wurde wieder für alle geöffnet, und diesmal wurden über Tausend Zelte aufgebaut.
Die türkischen Mainstream-Medien ignorierten die Demonstranten, doch in der ganzen Türkei gingen Menschen auf die Straße und solidarisierten sich. Mittlerweile ging es nicht mehr nur um den Gezi-Park. Die Menschen gehen auf die Straße und kämpfen für ihre demokratischen Rechte. Laut wird mittlerweile der Rücktritt von Erdogan gefordert, doch der reiste, ohne vorher eine Stellungnahme abzugeben, ins Ausland.

Die andere Seite des Widerstands im Gezi-Park

Der Widerstand wuchs! Kinder, Schüler, Studenten, Arbeiter, Rentner – alle Bevölkerungsschichten gingen nun auf die Straße. Der Widerstand weitete sich in der ganzen Türkei aus und die Polizeibrutalität allerorts überstieg alle Vorstellungskräfte. Es dauerte nicht lange, bis die Nachricht über die ersten Toten kam. Doch es kamen mehr und mehr Menschen zu den Demonstrationen.
Im Park herrschte ein solidarisches, kollektives Leben, in dem alles gemeinsam gemacht wurde. Es wurde zusammen gekocht, geputzt und diskutiert. Eine unglaubliche Atmosphäre – bis zur Räumung des Parks. Menschen flüchteten, Schutz suchend, in nah gelegene Hotels. Diese nahmen sie auf und leisteten den Verletzten Hilfe. Ärzte, die in den Park gekommen waren, kümmerten sich um die Verletzten, bis sie selbst festgenommen wurden. Die Polizei setzte Wasserwerfer, Pfefferspray und Plastikgeschosse gegen die Demonstranten ein. Selbst die Hotels, in denen wir Zuflucht fanden, wurden von der Polizei attackiert. Währenddessen versuchten 300.000 Menschen aus Istanbul zum Taksim zu kommen. Überall in Istanbul fanden Kämpfe statt. In der gesamten Türkei stürmten die Menschen nachts auf die Straßen, um gegen den Staatsterror zu protestieren.
Die Delegation war empört über den Polizeiterror, den wir dort erlebt hatten. Ich flüchtete u.a. mit der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen ins Point Hotel, als wir erfuhren, dass in dem gegenüberliegenden Divan Hotel Claudia Roth weilte. Sie konnte nicht aus dem Hotel raus, und die Polizei ignorierte ihren diplomatischen Status. Also schickten wir einen Kollegen aus Deutschland los, der gegen Gas und Pfefferspray gut ausgestattet war, und sie im Namen der LINKEN dort rausholte. Umso erschreckender war dann, dass Frau Roth am nächsten Tag behauptete, DIE LINKE und die CSU wären die einzigen Parteien, die sich nicht klar gegen Erdogan und den Fortgang des Dialogs aussprechen würden. Bemerkenswert war auch, dass die LINKEN-Parlamentarier in Istanbul von den deutschen Medien quasi totgeschwiegen wurden.
Spätestens seit Beginn des Taksim-Widerstandes ist deutlich geworden, welche Interessen die AKP-Regierung wirklich vertritt, auch den eigenen Anhängern. Ministerpräsident Erdogan steht für eine Politik der Gleichschaltung, Ausbeutung, Armut und Krieg, für Rassismus, für Assimilation, für die Verfolgung der freien Presse, die Leugnung der Massaker und Genozide der Vergangenheit, für eine religiös intolerante Gesellschaft. Er regiert frauenfeindlich, bekämpft Gewerkschaften und hatte dadurch bürgerkriegsähnliche Zustände geschaffen.

Nachrichten v. 17.6.2013 (Istanbul Time)

18.16: [Ankara] Orhan Kara, der festgenommen wurde, weil er ein Buch bei sich trug, wurde nach Reaktionen von Hacettepe-Universitätsmitgliedern und anderen Protestierenden aus einem Polizeifahrzeug freigelassen.

Während Erdogan in den Anfangsjahren seiner Regierungszeit auch in Europa als großer „Reformator“ gefeiert wurde, erkennen mittlerweile mehr und mehr Menschen in ihm den „getarnten Demokraten“. Durch seine respektlose Art und Weise der Bevölkerung gegenüber, verliert er von Tag zu Tag seine eigenen Anhänger. Durch Ausdrücke wie „Nimm deine Mutter und geh!“, als ihn Bauern um Hilfe bitten, oder sexistische Anspielungen auf demonstrierende junge Frauen: „Diese Mädchen oder Frauen oder was die auch immer sind“, wie auch die Diffamierung der Protestierenden zu „Gewalttätigen“ und „Drogenabhängigen“, ließen Erdogans wahre Intentionen und Gedankengänge erblicken. Nicht zuletzt stellte er die Jugendlichen vor die Wahl, ob diese denn lieber „fromm“ oder „drogenabhängig“ sein wollten. Erdogan und seine Regierungsmitglieder lassen zudem keine Gelegenheit aus, „ausländische Aufwiegler“ oder eine nicht näher beschriebene „Zinslobby“ ins Spiel zu bringen, die daran interessiert sei, das aufstrebende Land aufzuhalten. Und sie appellieren an die Demonstranten, sich von diesen Kräften nicht missbrauchen zu lassen.
Diese Verschwörungstheorien bescherten Erdogan und seiner Gefolgschaft genau so wenig Erfolg wie die anderen Spaltungsversuche. Die vermeintliche Schwäche stellte sich als eine der wichtigsten Stärken der Widerstandsbewegung heraus. Auch seit Beginn der Regierungszeit der AKP vor elf Jahren organisierten die Umwelt-, Friedens-, Jugend-, Frauen- und Arbeiterbewegung soziale Proteste und Streiks, die nicht miteinander verbunden waren. Die heutige Bewegung bot nun Gelegenheit zur Bündelung aller Kräfte. Das ist eine der wichtigsten Lehren, die sie aus dem Erlebten für ihren zukünftigen Widerstand ziehen werden.

Staatsschutz ermittelt gegen jungen Demonstranten

16-jähriger nach Kundgebung gegen Pro-NRW massiv eingeschüchtert

Mit einer Veranstaltung in einer Gaststätte in Essen-Altendorf wollte Pro NRW am 21. Mai in den Wahlkampf starten. Diese Information bekam das Bündnis „Essen stellt sich quer“ kurz vorher zugespielt. Es waren vielleicht 50 Menschen, die dann einem Aufruf im Internet folgten, sich zu einer spontanen Kundgebung gegen das Treffen von Pro NRW zu versammeln. Man traf sich friedlich vor dem Lokal und meldete dann die Versammlung telefonisch inklusive Versammlungsleiter an.

Als der Mann, der als erstes eine Versammlung angemeldet hatte, diese auflöste und sich verabschiedete, blieben ca. dreißig Demonstranten zurück, die gerne weiter friedlich protestieren wollten. Ein 16-jähriger Essener* hatte bereits im letzten Jahr eine „eigene“ Demo gegen Strompreiserhöhungen angemeldet und organisiert. „Ich hatte kein Problem damit, als Versammlungsleiter die Kundgebung bei der anwesenden Streifenpolizei auf meine Kappe zu nehmen. Wir waren empört, aber friedlich“, so der junge Mann.
Umso überraschter und schockierter war er, als, nachdem er die Versammlung aufgelöst hatte und alle Demonstranten sich auf den Heimweg machten, zwei Beamte in Zivil seine Papiere verlangten, ihm seine Rechte erklärten. Ihm drohe eine Anzeige wegen Landfriedensbruchs und Verstoßes gegen das Versammlungsrecht, so der Beamte, der sich als Mitarbeiter des Staatsschutzes auswies. Der Jugendliche ging zutiefst verunsichert nach Hause, wo er im Internet die rechtlichen Konsequenzen der ihm zur Last gelegten Straftaten recherchierte.
Am nächsten Tag ging tatsächlich per Post die Anzeige bei dem jungen Mann ein. „Kein Richter in Deutschland würde diese Anzeige ernst nehmen“, so sein Anwalt, der die Einstellung des Verfahrens beantragte und seinem Mandanten Mut machte, sich in seinem politischen Engagement nicht unterkriegen zu lassen. „Als einige Pro NRW'ler einen jungen geistig behinderten Demonstranten mit seiner Mutter anpöbelten, hat die Polizei nicht eingegriffen, das habe ich nicht verstanden“, erklärt der Beklagte.
Der 16-Jährige, der gerade seinen Schulabschluss gemacht hat und zur Polizei möchte, zweifelt nun sehr an seinem Berufswunsch. „Wenn Beamte unbescholtene Schüler anzeigen, die couragiert gegen menschenfeindliche Organisationen protestieren, stimmt was nicht.“

Nachrichten v. 16.6.2013 (Istanbul Time)

22.59: [Ankara] Etwa 10.000 Menschen aus Ankara haben sich auf der Kennedy-Straße, wo in den letzten Tagen Polizeiangriffe erlebt wurden, versammelt. Vor der US-Botschaft sind Wasserwerfer, bewaffnete Einsatzfahrzeuge und Polizisten des mobilen Einsatzkommandos [Riotcops] aufgestellt.
22.58: [Izmir] Die Bewohner Izmir liegen auf dem Bamane-Platz vor den Wasserwerfern.

* Der Name ist der Redaktion bekannt.

Die etwas andere „Einkaufsstadt“

Die Krise in Europa hat viele Gesichter. Es sind die von wütenden, weinenden, enttäuschten, verzweifelten, entmutigten und zutiefst verunsicherten Menschen in den betroffenen Staaten, die nicht mehr wissen, ob sie morgen noch ihren Job haben, die Ausbildung ihrer Kinder bezahlen können und ihr abzuzahlendes (Wohn) Eigentum aufgeben müssen. Auf der Tagesordnung der Mimik stehen wiederum auch Egoismus, Gleichgültigkeit, soziale Kälte – denn nicht jeden trifft die Krise, schon gar nicht die Oberschicht in den Staaten.

Die Einkaufsmöglichkeiten schwinden angesichts der Krise
Foto: Jörg Bütefür

Von Wim Talther

Die Krise kann zur Verwunderung manches Beobachters aber auch ein freundliches, optimistisches und nicht aufgeben-wollendes Gesicht haben, etwa im Norden Portugals. Von unserem Gastautor Wim Talther
Abseits der Touristenströme zur Algarve oder in die Hauptstadt Lissabon kämpfen die weniger bekannten Städte im Norden und im Landesinneren mit intensiveren Problemen. Ein Beispiel dafür ist etwa Porto, die Wirtschaftsmetropole an der Mündung des Douro in den Atlantik. Sie steht seit jeher in Konkurrenz zum fast drei Stunden mit dem Auto entfernten Lissabon. Dabei braucht sich „Oporto“ (Der Hafen) wirklich nicht zu verstecken. Die gut 240.000 Einwohner zählende Stadt ist reich an Geschichte, Kultur, Gastfreundlichkeit – und gutem Sommerwetter, welches man hierzulande vermisst. Auf der anderen Uferseite, in der Nachbarstadt Vila Nova de Gaia befindet sich das Zentrum der Portwein-Kellereien, die im Tal des „goldenen“ Flusses ihre Reben anbauen und ernten.
Als eine der ältesten Städte des Kontinentes steckt in Porto seit jeher Handelsmacht, Geschäftstüchtigkeit und Reichtum der Kaufmannsfamilien. Der Überseehafen Leixões löste in der Vergangenheit den Stadthafen in der Altstadt ab, letztere zählt heute zum Welterbe der Unesco. Der Flughafen „Francisco Sá Carneiro“ ist ein weiteres Tor zur großen weiten Welt. Und durch die moderne Infrastruktur in der Stadt sind kurze Wege möglich, sei's nur um in 15 bis 20 Minuten mit der Metro vom architektonischen Juwel in Boavista, der „Casa da Musica“ von Rem Koolhaas, zum Sandstrand von Matosinhos zu fahren.

Man wirbt mit Shopping, Kultur und niedrigen Preisen

Die Krise trübt dennoch die Stimmung in dieser stolzen Stadt. Die Sommerferien haben noch nicht für alle Schüler begonnen, dafür aber schon der Schlussverkauf, ehe im ruhigen August viele Geschäfte schließen und die Straßen leergefegt sind. Mit bis zu 50 Prozent Rabatt werben die Geschäfte bereits. „Nicht nur das Wetter ist schuld, sondern vor allem die Krise“, erklärt ein Gästeführer. Ein Preisverfall hat eingesetzt und er macht die Stadt am Douro zur etwas anderen Einkaufsstadt für Touristen.
Während die für den Umsatz wichtige Mittelschicht sich manchen Gang ins Restaurant oder zu anderen Alltagsgenüssen mangels Moneten und wirtschaftlicher Unsicherheit erspart, müssen Beobachter hierzulande große Augen bekommen. Auch Kleidung, wenn es nicht grad der große Designername sein soll, ist günstig. Über die Auswirkungen, die diese niedrigen Preise auf den Wirtschaftskreislauf haben werden, mag man nur orakeln. Da die Binnennachfrage bei Konsumgütern stagniert, sind deutsche, britische, amerikanische und russische Besucher gern gesehen, um diese Lücke zu füllen. Gemeinsam mit dem Norden vermarktet sich die Stadt touristisch und weiß auf ihre Vorzüge hinzuweisen.
„Vestir bem e barato só aqui“ (Kleiden Sie sich gut und günstig hier) heißt es etwa an einer schmalen Hausfassade gegenüber des legendären Kopfbahnhofes São Bento. Schon der Gang ins Café oder in den Supermarkt reicht eigentlich: Der Kaffee in der Nachmittagssonne kostet 1,20 Euro und auch in den typischen Snackbars mit gutbürgerlicher Küche (etwa zum Verzehr einer „Francesinha“, dem portugiesischen Pendant zum französischen „Croque Monsieur“), wie der „Capa Negra II“ in Boavista oder dem „Santiago“ im Theaterviertel, geht es preislich – für unser Portemonnaie (!) – mehr als zivil zu. Die Ein-Liter-Flasche Bier der Marke „Super Bock“ kostet schlappe 1,35 Euro bei „Froiz“ (Supermarkt) und das 0,3-Liter-Glas für 2,70 Euro, das man sich genüsslich an der vor Touristen nur wimmelnden Promenade unterhalb der berühmten „Dom-Luís-Brücke“ zischt, kann nicht schocken. Außer die Portugiesen selbst.
Wie in vielen anderen Orten Portugals, auch Lissabon ist davon nicht ausgenommen, stehen unheimlich viele Immobilien leer. Selbst in den Barock-Bauten des repräsentativen Zentrums, dem Platz der Freiheit (Praça da Liberdade), sind Etagen leergezogen. „Zu verkaufen“ / „se vende“ liest man dafür auf zahlreichen Schildern an Gebäuden in Porto. Dies ist nicht nur bei alten maroden Altstadthäusern der Fall, sondern auch bei den hochgezogenen Appartement-Häusern in der Peripherie im Norden sowie manchen modernen, chicen Neubauten am Ufer des Douro. Ebenso werden Häuser im Erdgeschoss zugemauert und so der Verwahrlosung preisgegeben, weil niemand mehr in ihnen wohnt und der Eigentümer kein Geld für die Instandhaltung besitzt. An der reizenden Einkaufsstraße Rua Santa de Catarina erkennt man dieses Phänomen sehr gut: Während die Ladenzeilen in den Reihenhäusern vermietet sind, sind die oberen Geschosse verwaist – es wirkt wie die Kulisse in einem Filmstudio.

Geplatzte Immobilienblase

Fehlendes Geld erkennt man auch als Grund für zahlreiche extrem renovierungsbedürftige öffentliche Bauten aus dem 19. und 20. Jahrhundert, die unter dem Denkmalschutz des Staates stehen. Positive Beispiele trotzen dem Verfall: In Boavista hat man eine alte Markthalle aus den 1950ern, den Mercado do Bom Successo, mit einem urbanen Haus-in-Haus-Konzept samt Design-„Hotel da Musica“ wiederbelebt. Entlang der Rua Miguel Bombarda wirkt erfreulicherweise die Kreativwirtschaft dem allgemeinen Trend entgegen. Auf dieser Meile haben sich zahlreiche Kunstgalerien, kleinere Cafés und Läden niedergelassen. Die Reihenhäuser bestechen durch gepflegte bunte Variationen glasierter Fliesen, die im Ganzen ein faszinierendes Patchwork ergeben.
Studenten versuchen mit dem öffentlichen Musizieren auf der Straße ein paar Cent zu verdienen, ein Bettler greift zu ähnlichen Mitteln: Seine metallenen Krücken schlägt er rhythmisch aufeinander und singt alkoholgeschwängert ein kleines Liedchen. Nur Erfolg hat er damit nicht.

Dass sich die Menschen trotz Krise aber nicht aufgeben, zeigen die Feierlichkeiten rund um die Johannisnacht (São João) vom 23. auf den 24. Juni. In den bunt geschmückten Vierteln und Nachbarschaften wird bereits ab mittags zu Volksliedern gefeiert. An vielen Ecken liegt der Duft von gegrillten Sardinen in der Luft. Mit bunten Plastik-Hämmern schlagen sich die Menschen später gegenseitig auf den Kopf. Es soll Glück bringen und ist ein Heidenspaß. „Das ist ein Fest, das sich jeder leisten kann“, sagt der Gästeführer stolz.

Wie gastfreundlich die einfachen Portuenser sein können, erlebt der Beobachter beim Hinabsteigen der Treppen, die von der Kathedrale (Sé do Porto) durch die engen Altstadtgassen zur Flusspromenade führen. Unbeirrt von passierenden Touristen grillen zwei Frauen mariniertes Bauchfleisch und Hühnchen. Angesprochen darauf, ob man sie fotografieren darf, fangen die beiden an zu tanzen und zu klatschen. „Sie bieten uns an, mit ihnen Sardinen zu essen“, übersetzt der Gästeführer die Einladung des Duos. Mangels Zeitpolster dafür lehnt er das Angebot ab, daraufhin kippt die Stimmung. Das Streitgespräch zwischen den beiden Frauen und dem Gästeführer eskaliert, das Thema Politik kommt auf. „Am liebsten würden wir den Premierminister und den Finanzminister auch auf den Grill tun“, übersetzt der Gästeführer später die verbalen Spitzfindigkeiten der beiden Einheimischen. Er betont: „Nichtsdestotrotz, sehen Sie, wie gastfreundlich die Menschen sind. Sie sind glücklich, obwohl sie nicht viel haben, und wollen es noch teilen.“
Es ist das freundliche Gesicht der Krise – in Porto. Es zeigt sich mehrfach an dem São João-Wochenende. Selbst vor einem Einkaufszentrum, wo ein Bettler Passanten anspricht, geht dieser Eindruck nicht verloren. Ein älteres Ehepaar samt erwachsener Tochter bleibt ohne mit den Wimpern zu zucken stehen und der Vater gibt dem Mann ein paar Münzen.

Was zeigt der Fall Portugal?

Liebe Genossinnen
und Genossen,

wir wissen, dass ihr uns nicht für eines der faulen Völker in Europa haltet, wie die reaktionäre Propaganda in eurem Land uns oft beschreibt. Heute stimmt es, dass die Leute in Portugal nicht arbeiten. Aber nicht, weil sie faul sind. Sie arbeiten nicht, weil die »Sparpolitik« ihre Jobs vernichtet hat. Die Arbeitslosigkeit hat ihren historischen Höchststand erreicht: 18 Prozent. Unter jungen Menschen liegt die Arbeitslosigkeit bei 42 Prozent. Das sind die offiziellen Zahlen, aber die Wirklichkeit ist noch viel schlimmer, weil Tausende Arbeitslose das Land verlassen, andere werden noch nicht einmal registriert und in die offizielle Statistik aufgenommen.
Die »Sparpolitik« vernichtet nicht nur ihre Arbeitsplätze, sondern auch die soziale Sicherung für Arbeitslose: Eine Million, das sind zehn Prozent der Bevölkerung, bekommen keinerlei Unterstützung oder Leistungen. Die »Sparpolitik« zerstört den Sozialstaat, sie vernichtet die Renten, sie erhöht die Steuern, entwertet Arbeit und versenkt die Wirtschaft in einer steigenden Flut von Schulden.
Ist das die europäische Hilfe?
Nein! Das ist europäisches Geschäft. Es ist das schmutzige Geschäft der radikalen Fundamentalisten der neoliberalen Orthodoxie.
Der Fall Portugals hat gezeigt, dass Defizit oder Schulden nicht das sind, was die europäischen Führungen, die Troikas und ihre Marionettenregierungen wirklich

Marisa Matias vom Bloco de Esquerda (Linksblock Portugal) auf dem Parteitag der LINKEN am 16. Juni 2013 in Dresden

besorgt macht. In Wahrheit hat die »Sparpolitik« nichts bewirkt, als Defizit und Schulden zu verschlimmern, und die gescheiterten Rezepte werden beibehalten. Defizit und Schulden werden als Instrumente benutzt, um die Menschen dazu zu zwingen, die sogenannten Strukturreformen hinzunehmen, die sie unter normalen Bedingungen niemals hinnehmen würden.
Ihr wirkliches und einziges Ziel sind in Wahrheit die Strukturreformen, und »Strukturreformen« ist der technische Begriff, um ihr gesellschaftliches Projekt zu verschleiern: die Neupositionierung Europas im globalen Wettbewerb, unter Zerstörung des europäischen Sozialmodells.
Eines ist klar: Europa wird nicht zu dem zurückkehren, was es vor zehn Jahren war. Die Zukunft ist immer noch offen. Es besteht die reale Gefahr, dass die Krise in einer schlechteren Gesellschaft mit größerer Armut und Ungleichheit endet. Aber es besteht auch die Möglichkeit, die Krise zu überwinden und Europa zu einer besseren Gesellschaft zu führen. Und es hängt sehr stark von uns ab.

Eingang der Ausländerbehörde in Essen! Bei Taschendurchsuchung und Sicherheitsschleuse fühlt man sich doch gleich herzlich willkommen geheißen! Foto: Stefan Dolge

Ergebnisse der Befragung zur Arbeit der Ausländerbehörde

Zentrale Beratungs- und Informationsstelle gewünscht

Von Gabriele Giesecke

Kontrovers diskutierten Anfang Juli zwei Stadtratsausschüsse und der Integrationsrat die Ergebnisse einer Befragung von Besuchern und Beschäftigten der Ausländerbehörde Essen. Die Stadtverwaltung selber fühlt sich durch die Ergebnisse eher bestätigt und sieht nur hier und da einen „Optimierungsbedarf". Dieser Sichtweise konnte insbesondere DIE LINKE nicht folgen.

Zwar sind rund 70 Prozent der befragten Besucher zufrieden oder eher zufrieden mit der Arbeit der Ausländerbehörde, im Einzelnen zeigen sich aber erhebliche Defizite. Immerhin etwa die Hälfte der Besucher ist mit dem Informationsmaterial unzufrieden, und 37 Prozent kritisieren die fehlende Transparenz. Weiterhin bemängelt die Hälfte der Besucher die fehlende Freundlichkeit der Beschäftigten, und 42 Prozent stellen Zeitprobleme der Beschäftigen bei der Klärung ihrer Anliegen fest, 37 Prozent bemängeln einen fehlenden Willen der Beschäftigten, ihnen bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen.

Dies sind schon alarmierende Befunde auch vor dem Hintergrund, dass die Beschäftigten eine sehr restriktive Ausländergesetzgebung umsetzen und vielfach Entscheidungen treffen müssen, die tief in die Lebensführung und Lebensperspektive der Migrantinnen und Migranten eingreifen. Aber auch ordnungsbehördliche Aufgaben sollten so erledigt werden, dass sich die Betroffenen gut beraten und freundlich behandelt fühlen.
Auf der Seite der Beschäftigten spiegeln sich die Erfahrungen der Migrantinnen und Migranten dann in der nur gering ausgeprägten Bereitschaft, an Fortbildungen zur Interkulturellen Kompetenz teilzunehmen. Und dies, obwohl „die Kommunikation mit den Klienten mehrheitlich als problematisch beurteilt" wird und viele Beschäftigte sich sogar bedroht fühlen. Trotzdem, so fasst die Studie zusammen, zeige sich eine insgesamt „zufriedene Belegschaft".
Einig waren sich Beschäftigte und Migrantinnen und Migranten in der positiven Bewertung einiger Verbesserungen, wie die jetzt eingeführte terminierte Vorsprache oder die Aufstellung von Getränkeautomaten.

Überraschender Weise fühlen die meisten der Migrantinnen und Migranten durch die Sicherheitsschleuse nicht diskriminiert. Professor Uslucan, der die Befragung verantwortet, führt dies darauf zurück, dass in den meisten Herkunftsländern Sicherheitskontrollen weit verbreitet sind. Demgegenüber hielt auch er fest, dass dies in Deutschland nicht zum Standard bei Behörden gehört. Wenn also die Essener Ausländerbehörde an der Sicherheitsschleuse festhält, stellt sie sich neben die gesellschaftlichen Gepflogenheiten in Deutschland und unterstellt den Migrantinnen und Migranten pauschal Gewalttätigkeit. Diese Diskriminierung muss endlich abgeschafft werden.
Fast alle Migrantinnen und Migranten (93 Prozent) befürworten eine zentrale Beratungs- und Informationsstelle, bei der sie ihre Angelegenheiten umfassend klären können. Die Einrichtung eines Welcome-Centers, das eine solche Anlaufstelle sein könnte, wird seit mehr als einem Jahr von der Verwaltung verschleppt. Dies Welcome-Center soll eine interkulturelle Visitenkarte Essens werden – da passt eine Sicherheitsschleuse überhaupt nicht mehr.

Pro Asyl zur Flüchtlingsunterbringung in Essen

Sachleistungen entsprechen nicht gesellschaftlichem Konsens

Während bundes- und landesweit seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Höhe der Asylbewerberleistungen im Juli vergangenen Jahres zahlreiche Kommunen vom Sachleistungsprinzip auf Barzahlungen umgestellt haben, will Essen als einzige Kommune den umgekehrten Weg gehen. Der Rat der Stadt Essen hatte erst 2010 beschlossen, dass Sachleistungen „nicht den humanitären Grundsätzen, die sich in Essen als gesellschaftlicher Konsens herausgebildet haben", entsprechen.
(...) Die Essener Verwaltung plant trotzdem ein dreistufiges Unterbringungskonzept – mit der Einrichtung zweier kommunaler Erstunterbringungseinrichtungen (Phase I) sind massive Verschlechterungen (...) zu erwarten. Besonders der gewählte Standort an der Worringstraße in Burgaltendorf hat Lagercharakter. Die Anbindung an das Nahverkehrsnetz ist unzureichend. Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Ärzte sind fußläufig kaum zu erreichen, die Holzbaracken sind sanierungsbedürftig. Da keine unmittelbare Nachbarschaft existiert, wird eine Integration in den Stadtteil unmöglich gemacht. Der zweite, nachrangige Standort in der ehemaligen Dilldorfschule liegt zwar verkehrsgünstiger, bietet aber durch die Unterbringung in großen Klassenräumen keinerlei Privatsphäre.
Im Zuge des neuen Unterbringungskonzeptes soll in den beiden Erstaufnahmeeinrichtungen von Geld- auf Sachleistungen umgestellt werden. Begründet wird dies u.a. mit folgenden, angeblichen Vorteilen: Die Asylsuchenden müssten sich zunächst mit der Handhabung von technischen Geräten wie Herden und Kochplatten vertraut machen und die Auswahlmöglichkeiten beim vielfältigen Warenangebot kennenlernen, um eine „gute und preisgünstige Wahl zu treffen". Zudem könne durch drei angelieferte Mahlzeiten pro Tag eine gesunde Ernährung sichergestellt werden. Damit findet faktisch eine Entmündigung der Asylsuchenden statt, da sie von Entscheidungen des alltäglichen Lebens ausgeschlossen werden.
Laut Konzept soll die Aufenthaltsdauer auf längstens drei Monate befristet sein. Eine Verlängerung auf bis zu sechs Monate kann erfolgen, z.B. „für Folgeantragsteller aus sogenannten sicheren Drittstaaten". Somit scheint das eigentliche Ziel des neuen Unterbringungskonzeptes die Abschreckung, besonders gegenüber Roma-Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien zu sein, die Jahr für Jahr während der Wintermonate Schutz bei uns suchen, um die kalte Jahreszeit zu überstehen. Dabei wird verschwiegen, dass Serbien und Mazedonien nicht auf der Liste sicherer Drittstaaten stehen und Minderheiten wie die der Roma unter menschenunwürdigen Bedingungen in ihren Heimatländern leben müssen. (...)
Die Sicherheit der Erstaufnahmeeinrichtungen und Übergangsheime in Essen soll laut Konzept durch einen externen Sicherheitsdienst gewährleistet werden. (...) Die Vermutung liegt nahe, dass es sich nicht in erster Linie um die genannte „Betreuung", sondern um die Abschottung der Flüchtlinge von der Bevölkerung handelt. Integration kann so in keiner Weise gefördert werden, sondern ohnehin vorhandene Vorurteile der Bevölkerung werden verstärkt. Erwähnt werden muss auch, dass die Kosten für den Sicherheitsdienst immerhin 192.000,00 Euro jährlich betragen. (...)
Das neue Unterbringungskonzept der Stadt Essen soll jährlich 464.800,00 Euro einsparen. Diese Einsparung ergibt sich jedoch nur aus der spekulativen Annahme, dass durch die Abschreckungswirkung des neuen Unterbringungskonzeptes pro Jahr 150 Asylbewerber weniger nach Essen kommen. Zumindest wird gar nicht erst versucht, die zusätzlichen Kosten von 810.200 Euro jährlich zu verschweigen, die durch den Betrieb der Erstaufnahmeeinrichtungen entstehen. (...)
Positiv bewertet Pro Asyl die geplante Durchsetzung der Schulpflicht, die Einrichtung eines Beschwerdemanagements unter Einbeziehung der Bevölkerung und der Beratungsinstitutionen sowie die Einrichtung eines Runden Tisches und die schnelle Vermittlung in Privatwohnungen. Insgesamt überwiegen aber die negativen Aspekte deutlich. Der Abschreckungsgedanke und die massiven Nachteile für die Asylsuchenden bei Versorgung und Unterbringung in den Erstaufnahmeeinrichtungen während der ersten Monate sind nicht hinzunehmen. Die viel gepriesene, neue Willkommenskultur wird so mit Füßen getreten. Für Flüchtlinge gilt sie nicht.

Roma-Abschreckungsprogramm vorläufig gescheitert

Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen

Von Gabriele Giesecke

Der Sozialausschuss verschob die Verabschiedung des Rahmenkonzeptes zur Unterbringung von Flüchtlingen, das Sozialdezernent Renzel kurzfristig vorgelegt hatte, auf die Sitzung im September. Dies ist den zahlreichen Protesten zu verdanken, die im Vorfeld der Sozialausschuss-Sitzung am 16.Juli 2013 laut wurden. Neben Pro Asyl Essen äußerten sich u.a. Pax Christi und der evangelische Flüchtlingsausschuss.

Auch DIE LINKE wies das „Rahmenkonzept" sofort als Roma-Abschreckungsprogramm zurück und kritisierte insbesondere die geplante Umstellung der Versorgung von Flüchtlingen von Bar- auf Sachleistungen und die vorgesehene lagerähnliche Unterbringung. Der Lagercharakter soll durch den Einsatz eines rund um die Uhr tätigen Bewachungsdienstes noch verschärft werden. Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE unterstrich mit einem Beschluss ihre Kritik am Vorstoß von Sozialdezernent Renzel.
Durch ihren Antrag im Sozialausschuss,

das Rahmenkonzept nicht zu verabschieden, sondern mit den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen, Pro Asyl und anderen Interessierten zunächst zu beraten, erreichte DIE LINKE, dass SPD und Grüne sich gegen die rasche Verabschiedung gestellt haben. Einzig CDU, FDP und EBB waren ohne weitere Skrupel bereit, das Konzept ohne Weiteres durchzuziehen. Damit hätten sie sich über einen Ratsbeschluss hinweggesetzt, der auf Initiative der LINKEN im Herbst 2010 Mindeststandards der Flüchtlingsversorgung in Essen festlegte. Dazu gehört auch der Vorrang von Barleistungen.

Die Zeit bis zur geplanten Verabschiedung im September wird DIE LINKE jetzt nutzen, Unterstützung für die Veränderung des Rahmenkonzeptes unter Beachtung der Mindeststandards des Ratsbeschlusses zu organisieren. Pro Asyl Essen will ebenfalls weiter die Gespräche mit Verantwortlichen führen und sich für eine humane Flüchtlingspolitik einsetzen. Wir dokumentieren Auszüge aus der Stellungnahme von Pro Asyl zum Rahmenkonzept Flüchtlingsunterbringung auf dieser Seite.

Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN. Wir wollen Armut beseitigen und Reichtum umverteilen. Soziale Grundrechte, gute Arbeit für alle und freie Bildung. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und für künftige Generationen wieder verbessern. Wir wollen das öffentliche gemeinsame Eigentum stärken und die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen und verbessern. Wir haben eine Vision, wie wir den ökologischen Umbau sozial gerecht gestalten wollen. Wir stehen für den Frieden ein. Wir verteidigen die Bürgerrechte und wenden uns gegen den ständigen Abbau von Bürger- und Menschenrechten. Das macht unsere Politik aus.

DIE LINKE zur Bundestagswahl am 22. September 2013

Wir wollen Reiche und Reichtum – Millionäre, Milliardäre, Kapitalvermögen – couragiert besteuern und sicherstellen, dass sie zur Finanzierung des Gemeinwesens angemessen beitragen. Wir wollen die Enteignung der Bevölkerung stoppen. Wenige sammeln großen Reichtum in ihren Händen. Wir wollen ihn in die öffentliche Daseinsvorsorge investieren: Bildung, Kinderbetreuung, öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Pflege, Wasser, Energieversorgung, bezahlbarer Wohnraum – der Bedarf ist groß. So wird zugleich die Demokratie gestärkt und die Teilhabe von allen gesichert.

DIE LINKE zur Bundestagswahl am 22. September 2013

Huttrop

Barrierefreiheit ja – aber doch nicht gleich für ALLE Behinderten.

Von Frank Tiedemann

Für die BV-Sitzung am 25. Juni 2013 waren zwei Referenten der EVAG eingeladen, um ihre Planungen zum Ausbau der Straßenbahnhaltestelle „Schwanenbuschstraße" vorzustellen; Ziel ist deren barrierefreie Nutzung.

U. a. ist die Absenkung des dortigen Bordsteins auf das Niveau der Niederflurbahnen geplant, so dass vor allem Rollstuhlfahrer ungehindert in die Bahnen einfahren können. Diese Planung fand selbstverständlich die Zustimmung der BV. Als die Referenten jedoch die Planung für den Gehweg der Huttroper Straße vorstellten, schlug die Stimmung jäh um. Die Strecke wird von vielen Fußgängern benutzt und hat eine Breite von lediglich 2,50 m. Dieser Weg nun sollte als „kombinierter Fuß- und Radweg" freigegeben werden; Fahrradfahrer sollten also das Recht bekommen ohne Trennungslinie kreuz und quer über den Weg fahren zu dürfen.
Auch Essen ist auf Grund des demografischen Wandels in Deutschland eine zunehmend „alternde" Stadt; alte Menschen aber werden bekanntlich u. a. häufig gebrechlich oder sehbehindert. Außerdem ist aus der polizeilichen Statistik Essens

Frank Tiedemann vertritt DIE LINKE in der BV I

längst bekannt, dass es bei diesen „Kombiwegen" immer wieder zu teils schweren Unfällen gekommen ist, z. B. am Baldeneysee.
Selbst viele junge Menschen betrachten diese Wege als problematisch. Mit diesen vorangehenden Argumenten riefen Mitglieder von CDU, SPD sowie der Vertreter der LINKEN immer wieder dazwischen. Man konnte fast von einem kleinen Tumult sprechen. Im abschließenden Meinungsbild lehnten alle Parteien der BV diesen Teil der Planung ab; der Vertreter der LINKEN nannte sie „menschenfeindlich".
Und der Protest der BV hatte Erfolg: Der entscheidungsberechtigte Bauausschuss stellte in seiner Sitzung am 27. Juni „auf Grund der Bedenken der BV I" die Entscheidung zurück.

Diese hat nun das Recht, dem Bauausschuss für den Gehweg neue Planungsvorschläge vorzulegen

Frohnhausen

Gervinuspark und wo beginnt die Menschenwürde?

Von Susanne Kreuzer

Seit vielen Jahren stehen in den Wintermonaten Asylbewerber aus den osteuropäischen Ländern bei uns in Essen vor der Tür und bitten um Nahrung, Unterkunft und Heizung.
Und jedes Jahr stöhnen die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung laut auf. In rasender Eile wird hochgerechnet, wie viele Personen wohl zu erwarten seien, die die Stadt aufnehmen muss und wie sie in den jeweiligen Stadtbezirken unterzubringen sind. Es werden Notunterkünfte aus leerstehenden, schon für den Abriss vorgesehenen Immobilien ausgebaut: Schlichte Isolierung, Kohleöfen und einfache Sanitäranlagen - im Tenor: Für die paar kalten Monate ausreichend, wenn es warm wird, fahren die meisten zurück.
Für die Treffen der großen Familienverbände sind die Unterkünfte zu klein. Sobald die Witterung es zulässt, gehen alle Leute in den Park. Dort treffen nun Welten aufeinander. Geduldige begegnen Ungeduldigen. Bekannte stoßen auf Unbekannte. Fremde finden Vertraute. Es gibt Ordentliche und Unordentliche – Laute und Leise.
Auch im Gervinuspark kommt es immer häufiger zu Konfliktsituationen, die geklärt werden müssen. Abfall, Lärm – auch Eigentumsdelikte: Kinderspielzeug, direkt aus Kinderhand. Das arme Kind. Da steht es plötzlich

Susanne Kreuzer vertritt DIE LINKE in der BV III

da, ohne sein Spielzeug. Aber warum und weshalb?
Abfällige und überhebliche Redensarten schüren die Vorurteile: Und überhaupt sind es Sinti und Roma. Da weiß man doch Bescheid. Bei uns haben sie es besser als in ihren Ursprungsländern. Ein Luxusleben?
Menschen in Not haben Probleme und damit Sorgen. Es geht um ihre nackte Existenz. Menschen in Not machen natürlich auch Probleme.
Da hilft nur miteinander reden. Aus diesem Grunde unterstützt DIE LINKE Fraktion in der Bezirksvertretung III die Gesprächsrunde „Gervinuspark", mit der Empfehlung den Integrationsbeirat der Stadt Essen einzubeziehen, genauso wie Vertreter der Sinti und Roma. Hat sich das Bildungssystem auf diese Wintermonate mit den schulpflichtigen Kindern vorbereitet? Und die Sozialarbeiter auf Konflikte? Wie wirkt das Welcome-Center mit? Ein Faktencheck zu Wünschen und Pflichten. Nur wenn man sich kennenlernt, lernt man auch, sich gegenseitig zu respektieren. Sich gemeinsam kümmern und Verantwortung übernehmen in unserem Park. Das ist unser Ziel.

Essener Norden

Endlich Aus für die A 52!

Von Wolfgang Freye

Nach monatelanger Diskussion mit Vertretern der Städte Essen, Bottrop und Gladbeck, Unternehmensverbänden, aber auch den Initiativen gegen die A 52 als Transitautobahn, hat Landesverkehrsminister Michael Groschek (SPD) am 9. Juli 2013 ein „Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Verkehrssituation im mittleren Ruhrgebiet" vorgelegt. Der wichtigste Punkt: Die geplante Durchstreckung der A 52 soll in Essen nicht wieder für den neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldet werden. Damit ist das seit Jahrzehnten umstrittene Verkehrsprojekt in Essen gestorben.

Während die verkehrspolitischen Dinosaurier von CDU und FDP das Maßnahmenpaket auch in der aktuellen Stunde der letzten Ratssitzung heftig angriffen, begrüßte DIE LINKE die Entscheidung. Der Landesverkehrsminister durchbricht damit den jahrzehntelangen Stillstand in verkehrspolitischen Fragen im Essener Norden. Der Weg ist nun frei für die Diskussion um eine reale Verbesserung der Stau-, Lärm- und Feinstaubprobleme und andere Möglichkeiten zur Verkehrslenkung insbesondere an der Gladbecker Straße. Die Hoffnung auf die A 52 hat diese Diskussion blockiert, obwohl die A 52 gar nicht weniger, sondern mehr Verkehr in den Essener Norden gebracht hätte.
Die Streichung der A 52 durch Essen ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass sie kaum zu finanzieren wäre. Die (Schnaps-) Idee des ehemaligen Oberbürgermeisters Dr. Wolfgang Reiniger (CDU), die A52 durch eine Maut zu finanzieren, hat sich schon lange in Luft aufgelöst, und Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) pumpt Verkehrsfördermittel lieber nach Süddeutschland. Zusammen mit dem Ruhralleetunnel als Verbindung zur A 44 im Essener Süden hätte die Durchstreckung der A 52 deutlich über 2 Mrd. Euro gekostet.

Wolfgang Freye ist Ratsherr für DIE LINKE. Essen

Ohne den hartnäckigen Widerstand der Verkehrsinitiativen, des Runden Umwelttisches und der erfolgreichen „Mobilitätswerkstätten" in Essen und Gladbeck, bei denen mehrere hundert TeilnehmerInnen alternative Verkehrskonzepte diskutierten, und ohne das erfolgreiche Bürgerbegehren gegen die A 52 in Gladbeck wäre das „Maßnahmenpaket" wohl kaum zustande gekommen.

Maßnahmenpaket unzureichend

Allerdings: Den Bottroper Abschnitt der B 224 zwischen der A 42 und der A 2 will der Landesverkehrsminister zur A 52 ausbauen. Diese Entscheidung pro Autobahn ist inkonsequent und teuer – der Abschnitt wird voraussichtlich 120 Mio. Euro kosten. Ob das Teilstück allein verkehrspolitisch Sinn macht, ist fraglich. Vielmehr könnte das Autobahnteilstück zusätzlichen Verkehr nach Essen und Gladbeck bringen. DIE LINKE fordert, auch auf dieses Teilstück zu verzichten, zumal der Bau des geplanten Autobahnkreuzes A 52/A 2 auch Gladbecker Gebiet berührt und insofern den Bürgerentscheid missachtet.
Zur Lösung der Verkehrsprobleme nicht nur im Essener Norden, sondern auch in anderen Teilen des Ruhrgebietes, ist vor allem der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und anderer Verkehrsmittel nötig. Immerhin sollen einige Verbesserungen nun mit Nachdruck angegangen werden. Dazu gehören eine abgestimmte Taktung von S 9 und RE 14, der zweigleisige Ausbau zwischen Bottrop Hauptbahnhof und Essen-Dellwig, eine Reaktivierung der Hertener Bahn, die Beschleunigung der Steeler Strecke/Ringlinie, P+R-Anlagen und eine Machbarkeitsstudie für einen Radschnellweg von Gladbeck nach Essen.
Was völlig fehlt, sind Maßnahmen zur Reduzierung des LKW-Verkehrs durch moderne Logistik-Konzepte, z.B. mit Umladestationen von großen auf kleinere Fahrzeuge. Dadurch könnte die Einfahrt großer LKW in die betroffenen Städte verringert werden. Auch den Vorschlag der Initiativen nach einer Schnellbuslinie von Essen nach Gladbeck hat der Landesverkehrsminister ebenso wenig aufgegriffen wie eine P+R-Anlage an der Fläche der ehemaligen nationalen Kohlenreserve-Fläche.
Zu klären ist nun, was mit den von der A 52-Planung bisher belegten Flächen geschehen soll. Planungsdezernent Hans-Jürgen Best plädiert dafür, sie weiter freizuhalten, DIE LINKE hält dies für unsinnig. Ebenso zu klären ist, ob es angesichts der Streichung der A 52 noch Sinn macht, die Umwandlung der B 227 in Essen-Kupferdreh in ein Stück A 44, die nur ein Vorgriff auf die A 52 war, aufrecht zu erhalten.

Ausgehtipps:

Freitag, 26. Juli, 18.00 Uhr
„Die Sanktionspraxis des Hartz4-Systems - Kritik nicht erwünscht?" mit Inge Hannemann, Veranstalter: DIE LINKE. Essen, Ort: ChorForum e.V., Fischerstr. 2-4, Innenstadt/Südviertel

Samstag, 3. August, 10.00 Uhr
Essener Erwerbslosenplenum, Workshop „Begleitung zum JobCenter - Beistände/Begleitperson nach § 13 SGB X", Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, Innenstadt/Ostviertel, Anmeldung über w.steuer@dielinke-essen.de oder 0173-2434106

Samstag, 3. August, ab 13.00 Uhr
Christopher-Street-Day im Ruhrgebiet: „Kumpelparade" ab 13.00 vom Willy-Brandt-Platz zum Kennedyplatz, dort Fest mit Information und Musik bis zum Abend, ab 22.30 Uhr After-Party im „Studio" an der Schützenbahn , mehr Infos unter www.ruhr-csd.de

Dienstag, 6. August, 18.30 Uhr
„Freunde und Helfer - hat Polizeigewalt System?" Veranstaltung der Linksjugend ['solid] Ruhr mit MdB Ulla Jelpke, Kulturzentrum, Friedrich-Ebert-Str. 58, Innenstadt/Nordviertel

Sonntag, 11. August, ab 8.00 Uhr
Protestaktionen der Friedensbewegung am Atomwaffenstandort Büchel in der Eifel, Bus ab Essen, Karten beim Essener Friedensforum für 12,00 Euro, ermäßigt 6,00 Euro, bitte bis 01.08.2013 vorab überweisen an: Bingöl-lü, Santander-Bank, Konto: 2157744400, BLZ: 50033300, Stichwort: Büchel-Fahrt, Infos unter Telefon 0201-368701

Mittwoch, 14. August, 18.00 Uhr
Sommergrillen des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen im Grugapark, Anmeldung unter kontakt@dielinke-essen.de

Mittwoch, 20. August, 19.00 Uhr
Monatsversammlung des Essener Friedensforums bei Pro Asyl, Friedrich-Ebert-Str. 30, Innenstadt/Nordviertel

Samstag, 31. August, 11.00 Uhr
Gedenkveranstaltung „ Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg" im DGB-Haus, Teichstr. 4, Innenstadt, Veranstalter: Essener Friedensforum und DGB-Stadtverband

Montag, 9. September, 15.00 Uhr
Wahlkundgebung der LINKEN mit Sahra Wagenknecht auf dem Willy-Brandt-Platz, Innenstadt

Mittwoch, 11. September, 19.00 Uhr
„Der andere 11. September - Der Umsturz in Chile 1973 und seine aktuellen Lehren für Europa", Veranstaltung von Attac Essen über den Putsch der chilenischen Armee unter General Pinochet gegen den demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten Allende mit Werner Rätz, VHS am Burgplatz, Innenstadt

Donnerstag, 12. September, 19.00 Uhr
Vortrag von Dr. Martin Arnold: „In Ägypten und anderswo: Revolutionen mit und ohne Gewalt - Vergleich verschiedener Länder" bei Pro Asyl, Friedrich-Ebert-Str. 30, Innenstadt/Nordviertel, Veranstalter: Essener Friedensforum und Arbeitsgruppe Gütekraft.

Mittwoch, 18. September, 19.00 Uhr
„Kriegseinsatz in Mali und die EU-Geopolitik", Veranstaltung des Essener Friedensforums mit Uli Cremer, VHS am Burgplatz, Innenstadt

Samstag, 14. September, 11.30 Uhr
UMfairTEILEN
Mit einer Großdemonstration in Bochum wird erneut unsere Forderung „UMfairTEILEN – Reichtum besteuern" lautstark und unübersehbar in die Öffentlichkeit getragen. Start des Sternmarschs an drei Orten mit je einer Auftaktkundgebung in der Massenbergstraße am Hbf, am Jahrhunderthaus und vor dem Schauspielhaus, Bochum-Innenstadt

Sonntag, 22. September, 18.00 Uhr
LINKE Wahlparty, Wahlergebnis und Ort werden noch bekannt gegeben

Freitag, 27. September, 16.00 Uhr
Essener Erwerbslosenplenum zum Thema „Kosten der Unterkunft", ReferentIn vom Mieterverein Essen angefragt, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, Innenstadt/Ostviertel

Woche vom 1. bis 7. Oktober 2013
Neuntes deutsch-türkisches Literaturfestival im Kulturzentrum Grend, Westfalenstraße 311, Steele, Eröffnung am 1. Oktober um 19.00 Uhr mit „Stadtgeschichten"

ESSENER ABEND

Die Kehrseite

Heißer Krieger des Jahres – Bürgermeister Jelinek (SPD) hatte die zweifelhafte Ehre, die Stadt Essen beim Aufstellungsappell der Regionalen Sicherheits- und Unterstützungskräfte zu vertreten. Eingesetzt werden soll diese Reservisteneinheit der Bundeswehr auch zur Streikbekämpfung, wie eine Anfrage der LINKEN im Bundestag ans Licht brachte.

Kalter Krieger des Jahres – diesen Titel hat sich EBB-Chef Udo Bayer redlich verdient. Die Debatte über die Frage, ob Essen seine RWE-Aktien abwerten muss, nutzte er zu einer Generalabrechnung mit der DDR, dem Stalinismus und dem „über alles geliebten Führer“ Kim Il Sung. Zum eigentlichen Thema hatte er nicht so viel zu sagen.

Hingeschaut

Energiesperren gleich Energiesparen?

Ratsfrau Müller-Hechfellner (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert, wie deckungsgleich beide Begriffe sind und was diese ganze Thematik mit dem NSA-Abhörskandal zu tun hat.

Von Lukas Weber

Wer bei der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause am 17. Juli das Glück hatte, Christine Müller Hechfellners Kommentar der Grünen, als Antwort auf einen Antrag der Linksfraktion zum Thema „Energiesperren“ beizuwohnen, hatte wirklich Grund zum Staunen über das „Know-How“ der Grünen Ratsfraktion. Der besagte Antrag, vorhandene Angebote zur Vermeidung von Energiesperren weiterzuentwickeln, um Leistungsberechtigten besser helfen zu können, löste bei den Grünen starken Mitteilungsbedarf aus. Grünen Ratsfrau Christine Müller-Hechfellner meldete sich zu Wort und setzte die Anwesenden in Kenntnis ihrer Unkenntnis.

Sie erläuterte, wie sehr „Energiearmut“ mit „Energie-Ressourcenschonendem-Umgang“ verbunden ist und wie wichtig Energiesparen in Haushalten ist. Sie verwies daraufhin auf den Energiesparservice der Stadt Essen, an den sich Familien wenden können.
Der aufmerksame Zuhörer muss sich spätestens an diesem Punkt gefragt haben, was denn eigentlich „Energiesparen“ mit „Energiesperren“ zu tun hat. Was soll sich ein betroffener Hartz-4-Empfänger beispielsweise mit einem teuren, energieeffizienten AAA+-Kühlschrank? Natürlich ist Energiesparen wichtig, aber jede(r) LeistungsempfängerIn hat nach einer Stromsperre wohl größere Sorgen. Am Ende bezog sich die Rednerin endlich auf den Antrag der Linksfraktion, der vorschlug, einen besseren, aber natürlich freiwilligen Informationsaustausch zwischen Betroffenen, dem Betreiber und dem JobCenter zu ermöglichen. Sie merkte an, dass dies angesichts eines „weltweiten Abhörskandals [auch mit Bezug auf die NSA]“ aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zu verantworten ist. So war die Verwirrung perfekt.
Entweder waren die Grünen sehr schlecht über das Thema „Energiesperren“ informiert oder es lag einfach an der Akustik und aus „sperren“ wurde „sparen – letzteres bezweifle ich.

Lukas Weber ist bei solid aktiv und hat ein 2-wöchiges Praktikum in der Geschäftsstelle absolviert.

Rätsel-Ecke

Finde die richtige Kombination!

Aus dem Lostopf aller Einsendungen zum letzten Rätsel mit dem richtigen Lösungswort „DEMOKRATIE“ zog die Redaktion Maria E. aus Essen – herzlichen Glückwunsch zum Buch „Hartz 4 – Deutschland auf dem Weg in den Unrechtsstaat“ von Norbert Wiersbin.

Zu gewinnen gibt es diesmal etwas Tanzbares: TANGO ARGENTINA. Die Gewinnerin bzw. der Gewinner kann sich freuen über zwei Eintrittskarten zum Tango-Schnupperkurs unter Leitung von Martin Sieverking (www.tango-emoticon.de) und dem anschließendem Tanzabend mit Tango-DJ Christoph Ronecker am Samstag, dem 15. September 2013, im Café Central.

Bitte schickt die Lösung auf einer Postkarte oder per Email an: Essener Morgen c/o DIE LINKE, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, essener-morgen@dielinke-essen.de. Einsendeschluss ist der 31. August 2013.
Einsendungen von Angehörigen der Redaktion sowie mündliche Überlieferungen können leider nicht entgegen genommen werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Spaß!

Nach jeder Ratssitzung veröffentlicht die LINKE Ratsfraktion einen Bericht über die Sitzung, im Internet unter www.linksfraktion-essen.de nachzulesen.
Beim Rasi-Bericht aus der Juni-Sitzung ist etwas durcheinander geraten. Helft dem kleinen Maulwurf, die Tagesordnungspunkte und die Beschlüsse aus dem nicht-öffentlichen Teil der Ratssitzung richtig zuzuordnen:

	Tagesordnungspunkt		Beschluss
A	Veräußerung von Gesellschaftsanteilen der RGE an der PTS GmbH	1	Die verbliebene Vorlage wurde einstimmig beschlossen
B	Stadtwerke Essen AG	2	wurde abgesetzt
C	Beschlussfassung über Empfehlungs-beschlüsse des Ausschusses für Stadtentwicklung und Stadtplanung, hier: Grundstücksangelegenheiten	3	Gegen die Stimmen der LINKEN und bei Enthaltung der Grünen wurde die Vorlage mehrheitlich beschlossen
D	Geschäftsführerangelegenheit	4	einstimmig

Lösung: A: ___ B: ___ C: ___ D: ___

Neolieberales Glaubensbekenntnis

Ich glaube an die heiligen Märkte,
an Börsen, Aktien und Hedgefonds,
die Schöpfer des Geldes und des Wohlstands.

Und an Milton Friedman,
ihrem Deregulierer, unseren Herrn,
empfangen auf dem Thron der Ökonomen,
geboren als Mensch in Brooklyn,
gelitten unter dem Sozialneid,
geachtet, verehrt und gestorben,
emporgestiegen in das Reich der Macher,
Not und Armut entronnen,
gesegnet mit dem Nobelpreis,
er sitzt zur Rechten Mammons, unseres allmächtigen Vaters,
von dort spricht er
und lehrt die Lebenden das Gesetz der Starken.

Ich glaube an die leistungsgerechte Verteilung,
die heilige Schar der Banker,
Gemeinschaft der Wohlhabenden,
Nichtexistenz von Sünden,
Gewinnmaximierung und Ratingagenturen
und an ein eigennütziges Leben.

Amen

Gefunden in „Humane Wirtschaft“, eingesandt von Michael Freuding

& Frank Frei

Sponsor gesucht

Für den Messe-Neubau wird bekanntermaßen ein Sponsor für die geplante unterirdische Verbindung zwischen den Messehallen und der Grugahalle gesucht. Unser Vorschlag: Mal bei der Ruhrkohle AG anfragen und direkt auch noch das Weltkulturerbe Zollverein anbinden – auf der letzten Sohle in 1.000 Meter Tiefe.

Es grünt so grün...

... wenn die Grünen sich mit den „Grünen“ solidarisieren. Anlässlich einer Unterstützungsaktion für die Demonstrierenden vom Istanbuler Taksim-Platz hatte die Grüne Kreisvorsitzende Gönül Eglence die Polizei in Schutz genommen. Frau Eglence sagte, sie habe die Eskalation, bei der Pfefferspray und ein Polizeikessel zur Anwendung kamen, zwar nicht gesehen, sie könne aber keinesfalls von den Beamten ausgegangen sein. Da wächst im Grünen Biotop die von der Wahrheit unbefleckte Meinung.

Headline-Award

Schwer zu toppen dürfte sein, wie jüngst die WAZ Essen anlässlich einer Pressemitteilung der SPD-Fraktion titelte: „SPD will mehr Gräber für Muslime“. Dahinter verbarg sich die Forderung, für hier lebende (und versterbende) Muslime ausreichend geeignete Grabfelder auf den städtischen Friedhöfen bereitzustellen. Nicht einverstanden sind die von Rechtsaußen: „Mehr Gräber für Deutsche!“

„Ich mach's kurz.“

Ein Versprechen, das bei Reden im Rat gern vorweg geschoben, aber selten eingehalten wird. Anlässe gibt es genug. Rekordverdächtig der grüne Redebeitrag zur Messe, der geschlagene 32 Minuten andauerte – im Stile eines Grundschullesewettbewerbs. Wie man hört, gibt es erste Bestrebungen, ein Bürgerbegehren für eine Redezeitbegrenzung auf 10 Minuten zu starten.
Wir sind dabei!

Frasi-Protokoll

Eigentlich sollten hier – in Anlehnung an das LINKE Rasi-Protokoll – streng schützenswerte Protokolle der FDP-Ratsfraktion veröffentlicht werden. Doch wo nichts ist, da kann nichts werden: Die FDP-Fraktion führt offenbar keine Protokolle ihrer Sitzungen. Eigentlich verständlich: Wer wenig zu sagen hat, führt dann wohl eher ein Phrasi-Protokoll.